

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidenten Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Bezugspreis mit Illust., Beilage Volk und Zeit für einen Monat einchl. Bringerlohn 150 G.-Pfg., für Selbstabholer 140 G.-Pfg. — Durch die Post 2 G.-M. ohne Beleggeld. — Einzelnummer 10 G.-Pfg. — Telefon Sammelnummer 72208 **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telefon 72208. — **Verlag in Leipzig,** Tauscher Straße 19/21 — Telefon 72208

Inseratenpreise: Die 10gepalt. Kolonelle 30 G.-Pfg., bei Platzvorschrift 35 G.-Pfg., Familiennachrichten von Privatleuten die 10gepalt. Kolonelle 15 G.-Pfg., Reklamezeile 1.50 Goldm., Inserate v. u. m.: die 10gepalt. Kolonelle 35 G.-Pfg., bei Platzvorschr. 40 G.-Pfg., Reklamezeile 1.75 Goldm. Ausnahme bis 9 Uhr vorm.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Keine Räumung der Kölner Zone.

Der Beschluß der Völkerverkonferenz.

SPD. Paris, 27. Dezember.

Die Völkerverkonferenz versammelte sich am Sonnabendvormittag um 11 Uhr unter Vorsitz von Cambon, um zur Räumung der Kölner Zone Stellung zu nehmen. Die militärischen Sachverständigen der an der Konferenz beteiligten Regierungen, darunter auch Marshall Foch mit seinem Generalstabschef General Dettmer, nahmen an dieser Sitzung teil. Dagegen war der Vorsitzende der Interalliierten Militärkontrollkommission in Berlin, General Walsh, im Widerspruch zu den Ankündigungen nicht anwesend.

Die über den Verlauf der Sitzung herausgegebene amtliche Meldung stellt fest, daß die Konferenz eine volle Übereinstimmung der Regierungen von Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien und Japan über die Frage der Kölner Zone ergeben und daß sie das Verfahren über die Mittelung des Beschlusses der Völkerverkonferenz an Deutschland festgelegt habe. Darauf sei die Konferenz sofort in die Prüfung des Inhalts der Note eingetreten, die die alliierten Regierungen an die deutsche Regierung vor dem 10. Januar zu richten gedenken. Das Datum für eine neue Sitzung der Konferenz wurde noch nicht festgelegt. In ihr soll die Völkerverkonferenz Kenntnis nehmen von dem Textentwurf, dessen Ausarbeitung ihrem Sekretariat anvertraut worden ist.

Das Abendblatt Paris soll wissen, daß für das Verfahren der Uebermittlung der Note zwei Formeln vorgeschlagen wurden. Nach der einen soll der Vorsitzende der Völkerverkonferenz der deutschen Regierung eine Mitteilung von der Feststellung der Beschlüsse des Deutschen Reiches machen und zu gleicher Zeit sollen die Regierungen von Frankreich, Großbritannien und Belgien getrennt der deutschen Regierung die Hinausschiebung der Räumung der Kölner Zone bekanntgeben. Nach der zweiten Formel soll eine gemeinsame Mitteilung der drei erwähnten Regierungen, begleitet von einem gemeinsamen Schritt der Völkerverkonferenz in Berlin, erfolgen. Es ist jedoch nicht bekannt geworden, für welche von diesen beiden Formeln die Völkerverkonferenz sich entschieden hat. In der Sitzung sei lediglich die Frage erörtert worden, wie die Nicht-räumung der Kölner Zone zu begründen sei; über den letzten Bericht der Interalliierten Militärkontrollkommission sei nicht beraten worden. Aus der amtlichen Meldung geht überdies hervor, daß noch weitere Verhandlungen zwischen den alliierten Regierungen in dieser Angelegenheit geführt werden.

SPD. Paris, 28. Dezember.

Das Journal schreibt zu dem Beschluß der Völkerverkonferenz, die Kölner Zone am 10. Januar nicht zu räumen, daß die Hinausschiebung der Räumung keine endgültige Lösung der Frage darstelle. Die Verlängerung der Offensiven würde nur eine endgültige Regelung sein, wenn man Deutschland bekanntgäbe, daß diese so lange dauern würde wie die Kontrollkommission Berechtigungen nachweise. Diese Möglichkeit würde jedoch nicht in Erwägung gezogen und dies sei zweifellos besser, denn niemand könne an die endlose Verlängerung dieses Zustandes denken, und man müsse endlich die Kontrollmaßnahmen als ungenügend ansehen. Dann sei die einzige Garantie gegen einen deutschen Angriff, solche Bündnisse einzugehen.

Die Völkerverkonferenz, so schreibt der Matin, tritt am nächsten Mittwoch zusammen, um über den Text einer an Deutschland zu richtenden Note und über die Modalitäten der Uebergabe zu beraten. Diesem wichtigen Dokument wird ein Begleitschreiben beigefügt werden, das die Hauptverpflichtungen Deutschlands aufzählt. Das Begleitschreiben wird die angeführte Veröffentlichung des Berichts der Kontrollkommission überflüssig machen. In gewissen englischen Kreisen glaubt man, daß die Entscheidung der Völkerverkonferenz das Erstarken der nationalistischen Strömung in Deutschland zur Folge haben wird. Wenn es aber erforderlich ist, Deutschland zu gestatten, mächtiges Kriegsmaterial wiederherzustellen, um das Erwachen des Nationalismus zu verhindern, so werde wohl keine von den alliierten Regierungen nach ihren Pflichten handeln. Jedenfalls hat die französische Regierung weise gehandelt, indem sie der Öffentlichkeit die jetzt in Deutschland gemachten Entdeckungen von Waffendepots bekanntgegeben hat.

Der Quotidien macht den rechtstabikalen Bloß dafür verantwortlich, daß der militärische und nationale Geist in Deutschland noch so stark geblieben sei. Die jüngst in Deutschland gemachten Entdeckungen von Waffendepots würden von einer nicht so weitgehenden Bedeutung sein, wenn Frankreich schon seit langem den Weg beschritten hätte, den Herriot seiner Außenpolitik gewiesen habe. Der Quotidien gibt keine völlige Zustimmung zum jüngsten Beschluß der Völkerverkonferenz, denn es sei erforderlich, daß Deutschland die Nichterfüllung der übernommenen Verpflichtungen bähve. Deutschland müsse jedoch zur gleichen Zeit wissen, daß, wenn es den Willen zum Frieden und zur Wiederherstellung zeige, es Frankreich stets zur lokalen Verständigung bereit finde. Dies sei die einzige ehrliche Politik, dies sei auch die einzige vernünftige Politik, denn nie werde diese Kontrolle Frankreich dauernd Ruhe und Sicherheit geben.

SPD. London, 28. Dezember.

Der Daily Herald schreibt am Sonnabend zu dem Räumungsproblem: Die Entschlossenheit der Völkerverkonferenz bedeutet eine definitive Rückkehr zu den Methoden von 1919. Es bedeutet, daß der Kriegsgott noch immer herrscht und daß Deutschland noch immer als Feind betrachtet wird, dem man diktiert, nicht als ein Gegner, mit dem man gemeinsam ein neues Europa aufbaut. Es ist ein tragisches Beispiel für politische Blindheit, daß man von diesem

Vorgehen der Sicherheit Frankreichs zu dienen glaubt. Diese Sicherheit würde garantiert dadurch, daß man sich Deutschland zum Freund erwidert und dadurch, daß man allgemein entwaffnet. Diese Sicherheit kann nicht dadurch herbeigeführt werden, daß man versucht, Deutschland allein dauernd in einem Zustand militärischer Unterordnung zu erhalten, noch dadurch, daß man ausländische Truppen auf deutschem Boden beläßt. Die Enttäuschung darüber, daß die erwartete Räumung nicht stattfinden wird, muß in Deutschland größte Bitternis hervorrufen. Man muß dort das Gefühl haben, daß man bei der Uebernahme der Dawes-Banken betrogen worden ist und daß es kein anderes Mittel der Abhilfe gibt als die nackte Gewalt. Die militärischen und nationalistischen Parteien werden gestärkt werden, die gesunden friedlichen Strömungen werden geschwächt.

Reichswehrminister Dr. Gessler über die Entwaffnung.

SPD. Der Reichswehrminister Dr. Gessler gewährte einem Mitarbeiter des Berliner Tageblatts eine Unterredung, in der er sich über die Entwaffnung und die Räumung der ersten Zone aussprach. Dr. Gessler sagte u. a. aus: Poincaré halte in London schon die These aufgestellt, daß die im Vertrag von Versailles für die Räumung vorgeschriebenen Fristen überhaupt noch nicht zu laufen begonnen hätten. Die französische Politik hat angesichts des Widerstandes der ganzen Welt gegen eine solche Argumentation einen anderen Weg eingeschlagen. Man sucht jetzt Stimmung zu machen, daß Deutschland nicht abgerüstet hat. Dazu werden Tag für Tag Schauerreden über die deutsche Rüstung in die Welt geschickt, die stark an die Kriegsgreuelpropaganda erinnern, und denen gegenüber die jetzt maßgebenden Pariser politischen Kreise leider den nötigen Abstand zu verlieren scheinen. Die französische Presse gebärdet sich in den letzten Wochen, als ob tatsächlich eine Reihe ganz schwerer Verstöße von der Kommission festgestellt worden sei. Die erste, ganz allgemeine Behauptung war die von der Obstruktion Deutschlands gegen die Generalinspektion. Da nun fast 1800 Kontrollbesuche — meistens ohne Reibung — durchgeführt sind, da die Interalliierte Militärkontrollkommission zugeben muß, daß sie in jeder Kategorie, in jedes Gebäude, in jede Fabrik und in jeden Raum Zutritt gefunden hat, läßt sich diese Erklärung wirklich nicht aufrechterhalten.

Dann hat man ganz allgemein behauptet, es seien große heimliche Waffenlager aufgefunden worden. Die Wahrheit ist, daß die Kommission keinen Fund von irgendwelcher Bedeutung gemacht hat. Daran ändern auch nichts die allerneuesten Behauptungen. Die erste große Sensation war die Nachricht von einem großen Geschützfund auf dem Truppenübungsplatz Königsdorf. Es stellte sich hier heraus, daß die angeblich verheimlichten Geschütze 14 alte Zielgeschütze waren, die seit langen Jahren als Zielscheiben dienten und die auch die Spuren dieses Gebrauchs zeigten. Die nächste große Nachricht war der angebliche Fund von Ausüstungsmaterial für 3 Divisionen. Den Kern dieser Sage bildete der Fund von 20 alten Sätteln, 43 verrosteten Karabinern und Gewehren, 15 alten Maschinengewehrteilen ohne Gewehre und einigem Zubehör bei einem Dresdner Reiterregiment. Wertwüßigerweise wurde ein Fund von 277 Seitengewehren und 31 Säufen in Dessau wenig ausgeschachtet, dagegen zeigte es die Phantasie der französischen Berichterstatter, daß in einem alten zugebauten Gang der Schießstände in Ruhleben ein Fund gemacht wurde. Es handelte sich nur um verrostete Waffenteile für Maschinengewehre, die nicht einmal nach dem Einschleusen lohnten. Daß sich an einen Namen wie Krupp Legenden knüpfen würden, war zu erwarten. Die französische Presse hat denn auch in den letzten Tagen berichtet, daß dort 25 000 Gewehre für Gewehrkläufe entdeckt worden seien. Diese Gewehrkläufe sind tatsächlich bei Krupp. Sie sind eine Bestellung der Firma Simson in Suchl, die uns als Waffenteilfabrikant von der Kommission selbst vorgeschrieben worden ist und die, ebenfalls nach den Bestimmungen der Kontrollkommission, diese Halbfabrikate bei dem Werke Annen der Firma Krupp zu bestellen hatte. Im übrigen ist es eine phantastische Vorstellung, daß bei den Kruppischen Werken im besetzten Gebiet, in denen es von französischen Werten wimmelt, überhaupt die heimliche Fabrikation von Kriegsmaterial möglich sei. Die Pariser Presse beschäftigt sich ferner mit dem Fund einer größeren Anzahl Stahlstahlfabrik in Teublitz. Ueber diese Angelegenheit schwebt zurzeit ein Schriftwechsel zwischen der I.M.A.K. und den zuständigen Stellen der Reichsregierung.

Die Wehrmachtsüberwachung bildet dann ein angeblicher Maschinenfund von 40 000 Stahlstahlfabrik für die Fabrikation von Gewehren und von Maschinengewehren. An diesem Fall ist die Reichswehr überhaupt nicht beteiligt. Am 23. Dezember hat die Kontrollkommission in den Berlin-Karlshagen Industriewerken in Wittenau in einem Lagerhause 40—45 000 sogenannte „Rohlinge“ gefunden. Das sind Stahlstahlfabrik, aus denen man Gewehrkläufe machen kann. Nun fabriktiert diese Fabrik aber Jagd- und Sportwaffen, Granatbein Indium, daß geplant war, aus diesen Rohlingen Militärwaffen und nicht Jagd- und Sportwaffen zu machen, liegt nicht vor. Die Stahle waren auch nicht etwa verrostet, sondern lagern seit 1919 oder vielleicht noch länger in alten Holzverfäßen, deren Türen nicht einmal verschließbar waren und die deshalb mit einem Stapel nordwärts zugeschlagen waren. Rund 10 000 von diesen Rohlingen haben ein etwas größeres Format. Um diese Stahle verwerten zu können, hat die Firma schon vor längerer Zeit der Interalliierten Militärkontrollkommission einige Musterstücke davon mit Vorwissen über die Verarbeitung in doppeltstahlfabrik Jagdflinten geschickt. Auch das spricht nicht gerade für die Heimlichkeit dieses Lagers. Das ist der Tatsachentern, der den Sensationsmeldungen der französischen Presse zugrunde liegt.

Vor neuen Gefahren.

Die Entscheidung über die Räumung der Kölner Zone ist am Sonnabend gefallen. Wahrscheinlich schon am Silbesterstag werden die Alliierten der deutschen Regierung eine Note überreichen, in der der Standpunkt der Völkerverkonferenz eingehender präzisiert wird. Sie fülle ihre Entscheidung nach einem Gutachten, das der französische Generalstabschef Foch erstattete. Danach scheine es ausgeschlossen, daß Deutschland bis zum 10. Januar 1925 die Abrüstungsklauseln des Versailler Vertrages restlos erfülle, und demzufolge könne die Räumung der Kölner Zone gemäß der Paragraphen des Versailler Vertrages nicht beschlossen werden.

Seit Wochen bereits orakelt die nationalistische Presse in Frankreich und England über die Verstöße, die sich Deutschland in der Frage der Abrüstung zuschulden kommen ließen. General Foch präzisiert vier verschiedene Punkte, die wir unseren Lesern bereits unterbreitet haben, und auf Grund deren festgestellt wurde, daß Deutschland seinen Verpflichtungen nicht restlos nachgekommen sei. Bis zur Stunde liegt das Gutachten der Interalliierten Militärkontrollkommission nicht vor, so daß außer den wenigen Eingeweihten niemand imstande ist, ein endgültiges Urteil über den Stand der Abrüstungen und die Feststellungen des Generals Foch zu fällen. Jedenfalls liegen die Dinge so, daß sich die Nationalisten und Militaristen auf beiden Seiten des Rheins wieder geschickt in die Hände arbeiten, so daß sich die Tatsache, daß nichts internationaler ist als der Nationalismus, erneut als richtig bestätigt.

Das Räumungsproblem wird kompliziert durch die Befehung des Ruhrgebietes. Würde England denselben Standpunkt vertreten, den es während der Ruhrkampagne des Öfteren zur Geltung brachte, als es erklärte, die englischen Truppen ohne weiteres aus der Befehungszone zurückzuziehen, dann würden die französischen Besatzungstruppen an der Ruhr völlig in der Luft hängen. Sie wären durch ein weites Gebiet getrennt von der eigentlichen Operationsbasis in Frankreich. Herriot weigerte sich bereits während der Londoner Verhandlungen, die Räumung des neubesetzten Gebietes unmittelbar vorzunehmen. Jedermann weiß, wie in den letzten Phasen der Londoner Konferenz um die Lösung dieses Problems gekämpft wurde. Zunächst vertraten die französischen Unterhändler den Standpunkt, daß die Räumung des Ruhrgebietes ein Jahr nach dem Inkrafttreten des Dawesgutachtens erfolgen solle. Zuletzt machte Herriot die Konzeption, daß bereits am 15. August 1925 sämtliche Truppen aus der Ruhrkampagne zurückgezogen werden sollen. Herriot folgte bei der Lösung dieser Frage zweifellos den starken Einflüssen, die die französischen Nationalisten noch heute auf die Regierung haben, und da sich seine Position inzwischen wesentlich verschlechtert hat, ist er kaum geneigt, weitere Konzeptionen zu machen. Als daher der neue Außenminister des englischen Kabinetts vor der letzten Tagung des Völkerverbundes in Rom, Paris berührte, hat eine eingehende Aussprache über die Räumungsfrage stattgefunden. England besand sich seinerzeit inmitten der Wirren, die sich um die Ermordung des Sirbars in Ägypten ergeben hatten. Man erwog die Lösung des ägyptischen Problems durch eine Entscheidung des Völkerverbundes. Demgegenüber vertrat das konservative Kabinett die Auffassung, daß Ägypten ein integrierender Bestandteil des britischen Imperiums sei und daß demzufolge der Völkerverbund in die ägyptischen Fragen nichts hineinzubringen habe. Formal wurde dieser Standpunkt damit begründet, daß Ägypten nicht Mitglied des Völkerverbundes sei und daß er demzufolge kein Recht habe, einen Schiedspruch zu fällen.

Dazu kam die marokkanische Frage, das Rückweichen Spaniens vor den Rifstakten. Damit ergab sich für Frankreich die Notwendigkeit, der marokkanischen Angelegenheit erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden und man beschloß, das ägyptische Problem aus der Kompetenz des Völkerverbundes auszuschneiden, dagegen erhielt Frankreich in Marokko freie Hand. Als Äquivalent für das Entgegenkommen der französischen Regierung in der ägyptischen Frage dürfte der englische Außenminister entsprechende Konzeptionen in der Räumung des Kölner Gebiets gemacht haben.

Demzufolge stand bereits seit Wochen fest, daß weder in Paris noch in London Neigung vorhanden war, den Räumungsparagraphen von Versailles zu entsprechen und es handelte sich lediglich darum, eine entsprechende Begründung dafür zu erhalten. Bekanntlich verlangte die Völkerverkonferenz um die Wende des August, daß sich Deutschland einer letzten Generalkontrolle zu unterwerfen habe, dann sollte der Völkerverbund als Ueberwachungsinstanz über die Rüstungen Deutschlands bestellt werden. Seitdem haben gegen 1800 Kon-

frollbeinende in allen Teufen des Reiches stattgefunden. Sie sind mit wenigen Ausnahmen reibungslos verlaufen. Was das Ergebnis der Untersuchung ist, ist bisher, wie schon oben dargelegt, offiziell nicht bekanntgegeben. Es wurden lediglich Andeutungen nach den verschiedensten Richtungen kolportiert. Auch formulierten die bereits oben genannten Punkte und der Reichswehrminister Gessler fühlte sich veranlaßt, in dem Interview, das er einem Vertreter des Berliner Tageblatts gewährte, auf die einzelnen monierten Punkte einzugehen. Sowohl die Feststellungen des Marschalls Foch, als auch die Widerlegungen des Reichswehrministers sind zunächst mit aller Reserve aufzunehmen und leider kann nicht gesagt werden, daß die deutsche Regierung wesentlich dazu beigetragen habe eine Sphäre des Vertrauens zu schaffen. Wenn jede Zeitung, die es nur andeutungsweise wagte, auf Unregelmäßigkeiten in der Räumungsfrage der deutschen Republik hinzuweisen, ohne weiteres des Landesverrats bezichtigt wurde, dann ist zu verstehen, daß vor allen Dingen das Ausland, daß die französischen Nationalisten stutzig wurden. Wenn die deutsche Regierung nichts zu verheimlichen hatte, dann wären eigentlich die etwa tausend Landesverratsprozesse, die hunderten deutscher Zeitungen angehängt wurden, eine schwere Schädigung der deutschen Republik.

Die deutsche Regierung hat demzufolge wenig Recht, sich über die Entscheidung der Völkervertragkonferenz zu mokieren, um so weniger, da gerade der deutsche Außenminister die treibende Kraft war, die das Prestige der deutschen Regierung seit dem August dieses Jahres fortwährend erschütterte. Eine Regierung, die fortwährend vom eigenen Außenminister gemocht wurde, besitzt nicht die Stärke, den Alliierten gegenüber die Lebensinteressen des deutschen Volkes mit entsprechender Entschiedenheit zu vertreten. Dank dem Treiben des deutschen Außenministers haben wir in der Gegenwart nur ein geschäftsführendes Kabinett, und so trägt der deutsche Außenminister, dessen oberste Aufgabe es sein sollte, die Interessen der deutschen Republik zu wahren, einen wesentlichen Teil der Schuld an den Entscheidungen, die am Sonnabend in Paris gefällt worden sind.

Dabei soll freilich nicht verkannt werden, daß die wirtschaftlichen Vorgänge, auf die wir oben Bezug nahmen, für Komplizierung der Situation nicht ohne Bedeutung waren und daß das Völkervertragsproblem im Zusammenhang mit der Räumungsfrage erneut Bedeutung gewinnt.

Unseren Lesern ist die letzte Note Stresemanns über die Voraussetzungen Deutschlands für den Beitritt in den Völkerverbund noch deutlich in Erinnerung. Stresemann verlangte die Garantie für einen Sitz der deutschen Republik im Völkerverbund und Aufklärung, wie sich das abgerüstete Deutschland bei militärischen Zwangsmaßnahmen des Völkerverbundes gegen Strauß-Politik verhalten habe. Durch die Vogel-Strauß-Politik Stresemanns in Fragen des Völkerverbundes hat sich die deutsche Regierung bei der Regelung der wichtigsten internationalen Fragen selbst ausgeschaltet. Dabei soll freilich nicht verkannt werden, daß gerade die Lösung der ägyptischen Frage zeigte, wie der Völkerverbund wesentlich ein Werkzeug in den Händen der gegenwärtig führenden alliierten Staaten ist.

Freilich hat der Völkerverbund kein Recht, bei der Lösung der Räumungsfragen mitzuwirken, immerhin aber wäre die Position der deutschen Republik wesentlich gestärkt worden, wenn sein Vertreter auf der Tagung des Völkerverbundes in Rom den deutschen Gesichtspunkt hätte zur Geltung bringen können. Dies um so mehr, als wenigstens andeutungsweise darauf verwiesen wird, daß völlige Einmütigkeit zwischen den Alliierten in der Räumungsfrage nicht besteht. Ob das den Tatsachen entspricht, kann von Außenstehenden nicht nachgeprüft werden. Immerhin ist in der Haltung Herriots ein merkbarer Wandel zu konstatieren, und es zeigt sich, wie stark der Einfluß Macdonalds auf die Lösung aller der Reparationsfragen gewesen ist. Die Entscheidungen des französischen Ministerpräsidenten werden wesentlich bestimmt durch die Frage der Selbsterhaltung, und es ist charakteristisch genug, wenn die französischen Linksparteien, um das demokratische Kabinett zu halten, in all diesen Fragen wesentliche Konzeptionen machten. Man teilt mit, daß der Quotidian die Haltung Herriots zur Räumungsfrage gebilligt habe, und erst in diesen Stunden wird bekannt, daß sich bei der Ere Nouvelle eine Wandlung zugunsten Deutschlands bemerkbar mache. Ob aber diese Einflüsse infauste sein werden, auf die Haltung der französischen Regierung wesentlich Einfluß zu gewinnen, steht dahin. Die französischen Sozialisten, ohne deren Unterstützung das Kabinett Herriot nicht bestehen kann, tragen daher eine besondere Verantwortung bei der Regelung dieser Fragen. Daß die Entscheidung der Völkervertragkonferenz auf die

Bildung des neuen Kabinetts im Reich nicht ohne Einfluß bleiben wird, dürfte ohne Zweifel sein. Darum ist die Haltung der französischen Sozialisten nicht nur vom Standpunkte Frankreichs, sondern auch hinsichtlich der Demokratisierung in Deutschland von außerordentlicher Bedeutung.

Am 2. Januar treten in Brüssel die obersten Verwaltungsbehörden der sozialistischen Internationale zusammen. Später soll eine gemeinsame Tagung mit der Leitung des Internationalen Gewerkschaftsbundes folgen. Die SWJ hat feinerzeit in der georgischen Frage scharfen Protest erhoben. In einer Protestkundgebung im ägyptischen Konflikt mußte sie erst eingehend ermahnt werden. Hoffentlich aber wird die Tagung die Initiative ergreifen, um den Einfluß der sozialistischen Bewegung auf die Gestaltung der Räumungsfrage zur Geltung zu bringen. Es handelt sich nicht nur darum, den Paragraphen des Versailleser Vertrages Geltung zu verschaffen, weil sie jetzt zugunsten Deutschlands sprechen, sondern es ist notwendig, durch die Lösung dieses Problems zugunsten beider Teile eine neue reaktionäre Rückwirkung auf die Gestaltung der europäischen Fragen zu verhindern.

Von der Firma Krupp in Essen wird dem Wolffischen Bureau mitgeteilt: Die Pariser Meldung, 47 000 neue Gewehre seien bei Krupp ermittelt worden, ist vollständig aus der Luft gegriffen. Krupp-Essen hat bekanntlich überhaupt nie Gewehre hergestellt. Das kleine Krupp'sche Stahlwerk in Annen (Westf.) wagt von altersher Gewehrfabrikation, namentlich für Jagdgewehre, ist aber auch als Lieferant für den Bedarf der Reichswehr zugelassen. Dementsprechend hat Annen im Jahre 1924 etwa 25 000 rohe, ungebohrte Laufjähre für die von der Kontrollkommission zugelassenen Gewehrfabriken gewalzt und dies auch der Kontrollkommission gegenüber niemals verheimlicht.

III. Warschau, 28. Dezember.

Auf dem gestern begonnenen Kongreß der französischen Liga für Menschenrechte erklärte das Vorstandsmitglied Prof. Dr. B. J. S. hinsichtlich der Räumung der Kölner Zone, daß man nach seiner Ansicht hierüber mit der deutschen Regierung in Verhandlungen hätte eintreten müssen. Prof. S. verlangte dringend die Fortsetzung einer Annäherungspolitik zwischen Frankreich und Deutschland, damit die moralische Entwaffnung in den beiden Ländern erfolgen könne.

Die Abbaumütigen.

(Von unserm tschechoslowakischen Berichterstatter.)

J. B. Das tschechoslowakische Staatsbudget ist nicht gerade glänzend gestellt. In den sechs Jahren des Bestandes der Republik hat man es fertiggebracht, ein Defizit von 24 Milliarden Kronen, also immerhin 3 Milliarden Goldmark zu machen. Bei einer Einwohnerzahl von 13 1/2 Millionen eine ganz respektable Ziffer. Dieser Betrag müßte auf dem Darlehenswege aufgebracht werden. Dazu kamen andre Schulden, so daß heute der Schuldendienst gegen 2 Milliarden Kronen jährlich erfordert. Auf die Goldbasis umgerechnet ergibt sich, daß die ein Viertel der allösterreichischen Einwohnerzahl repräsentierende Tschechoslowakei ein ebenso hohes Budget hat wie das alte Österreich. Die Folge davon sind erhöhte Steuern, ganz besonders jene indirekter Art, ihre Konsequenz eine allgemeine Belastung des Wirtschaftslebens, Teuerung und letzten Endes dauernde Abwärtssteige, die den Eingang der direkten Steuern unterbindet, damit die Staatsfinanzen schwindend.

Während im alten Österreich pro Kopf jährlich 14,77 Kronen an direkten Steuern gezahlt wurden, waren es 1923 in der Tschechoslowakei 129,05 Kronen, also noch nicht die zehnfache Erhöhung, die sich in der Teuerungsindezziffer mit 1020 ausdrückt. Dagegen stiegen die indirekten Steuern pro Kopf von 36,11 auf 580,82 Kronen, mithin um das sechszehnfache. Der Gesamtbetrag aller Steuern steigerte sich demzufolge sechszehnfach. Sechsfache Geldentwertung, sechsfache Vorkriegslöhne, zehnfache Teuerung und sechszehnfache Steuern und trotzdem jährliches Defizit im Staatshaushalt — das paßt wenig zusammen und deshalb wurde nach Abhilfe gesucht.

Das 15-Milliardenbudget der Tschechoslowakei umfaßt einen Personalaufwand von 7 Milliarden. Sicherlich viel zu viel für einen kleinen Staat. Entstanden ist dieser gewaltige Aufwand durch willkürliche Entlassungen und Pensionierungen nichttschechischer Beamter, durch wahllose Aufnahme und Beförderung guter „Patrioten“. Es gibt heute in der Tschechoslowakei dreißigjährige Generale mit 20 errechneten Dienstjahren, dreißigjährige Ministerialräte, sechsunddreißigjährige Sektionschefs. Das sind die höchsten Ministerialbeamten. Es ist klar, daß hier ein Abbau erfolgen muß, weil dieser unmotivierte Personalaufwand den Staatshaushalt und damit den Staat ruiniert. Aber Voraussetzung des Abbaus ist eine gründlich durchgeführte Verwaltungsreform. Man muß wissen, wo abzubauen ist, ehe man mit dem Abbau beginnt. Nachdem sechs Jahre gewußt wurde, ist plötzlich der Abbaufimmel ausgebrochen. Ohne Reform, ohne Plan haben sich die Koalitionsparteien auf einen mechanischen Abbau geeinigt. In nächsten Jahr sollen 10 Prozent der Staatsangestellten befreit werden. Für die Folge behält sich die Regierung alle Vollmachten vor. Sie

will abbauen, so viel ihr nur bekommt. Jeder anständige Unternehmer verhandelt mit seinen Arbeitern und Angestellten bei Restriktionen des Betriebes. Der Staat, der den Unternehmern ein Geheiß über die Betriebsverhältnisse diktiert, zieht ihnen auch, wie man es umgehen kann, er läßt sich ein Geheiß über den automatischen Personalabbau bewilligen und geht adios an den Rechten der Gewerkschaft vorüber.

Daß es so ist, ist eine der Tragödien des tschechoslowakischen Protektorats. Gerade die Frage der Staatsangestellten wird äußerst kompliziert durch nationale Momente. Es gibt eine in Wahrheit gar nicht existierende „tschechoslowakische Staatsprache“. Sie muß jeder Staatsangestellte beherrschen. In Österreich sah ich in Trnawitz in einem Bahndiensttraum eine Tafel, wonach den Angestellten im Dienst die Benutzung der Staatsprache zur Pflicht gemacht, jene der deutschen Sprache streng verboten ist. So entwickelt sich aus dem nationalen Kampfe ein tatsächlicher Kampf um den Arbeitsplatz, der den nationalitätlichen Gehern auf beiden Seiten willkommen „Arbeitsmöglichkeiten“ bietet. Die einzig Verursacher, die diesen Streit zu hindern hätten, wären die Gewerkschaften. Aber sie sind selbst national und hypernational gespalten. Die tschechisch-sozialdemokratischen Gewerkschaften werden durch ihre nationalsozialistischen Kollegen zu einer chauvinistischeren Politik getrieben, als sie ihnen vielleicht selbst lieb ist. Sie haben dabei die Staatsräson auf ihrer Seite, können also mühelos Erfolge erringen. Es folge, die sie von ihren wirklichen Klassenangehörigen auf der deutschen Seite trennen müssen. Die nationale Frage ist in der Tschechoslowakei ein circulus vitiosus, und seiner Geschlossenheit entrinnen zu wollen, erscheint vorläufig ausichtslos zu sein.

So geht es zu der absoluten Härte des Abbaus für die Staatsangestellten noch die relative hinzu, soweit sie die Deutschen betrifft. Man geht kaum fehl in der Annahme, daß bei dem Abbau in erster Linie die nichttschechoslowakischen Staatsangestellten daran glauben müssen. Neues Leid für sie, aber auch neue Nahrung für die chauvinistischen Heiler auf beiden Seiten, vermehrte Unruhe für den Staat, der der Ruhe so heilige, vermehrte Trennungspunkte für die arbeitende Klasse, die gerade jetzt, wo die kapitalistische Reaktion sich einigt, der Annäherung so bedürftig wäre.

Der Staat will aber nicht nur abbauen, er will auch den verbleibenden Beamten bessere Gehälter bezahlen. Von der Besoldungsreform hört man aber so wenig, wie von der Verwaltungsreform. Zwei Ermäßigungen wurden der Regierung erteilt. Sie kann für das Jahr 1924 den Staatsbeamten 170 Millionen, für das Jahr 1925 neuerlich 250 Millionen an Remunerationen auszahlen. Es ist ein Tropfen auf den heißen Stein, der da gewahrt wird. Die Unzufriedenheit unter den Staatsbeamten wird dadurch nicht gemildert, sondern erhöht werden. Die Unlust zur Arbeit wird vermehrt, obwar große Kosten erwachen.

Es erweist sich die ganze unbedachte Abbaupolitik als Unfalsch für den Staat und die arbeitende Klasse, die Erfolge werden die Chauvinisten bei ihrer in jeder Hinsicht destruktiven Arbeit einheimen.

Der sozialistische Gemeindegewahlerfolg in Nieder-Österreich.

190 Mandate gewonnen.

SPD. Wien, 27. Dezember.

Das Endergebnis der Gemeindegewahlen Nieder-Österreichs, wie es nunmehr auf Grund der am 11. d. in der Bezirkshauptmannschaften festgestellt worden ist, zeigt ein andres Bild, als es in der vorläufigen amtlichen Meldung der christlich-sozialen Landesregierung über den Wahlausgang zum Ausdruck kam. Nach dieser neuen Feststellung haben die Sozialdemokraten nach Abzug aller Verluste nicht, wie ursprünglich gemeldet wurde, 2 Mandate, sondern 190 gewonnen. Die Bürgerlichen haben nicht 122 Mandate gewonnen, sondern 165 verloren. Die Sozialdemokratische Partei ist in 194 Gemeinden neu eingedrungen, von denen 162 rein bündlich sind. Außer den 190 Gemeindegewählten, welche die Sozialdemokratische Partei auf rein sozialdemokratischen Listen gewonnen hat, wurden noch 169 Mandate auf einer von sozialdemokratischen Kleinbauern aufgestellten Kleinbauern-Liste gewährt. In vielen Gemeinden, gerade mit Kleinbauernlichem Einschlag, haben sich die Kleinbauern angeichts des scharfen Drucks der Gegner nicht getraut, eine rein sozialdemokratische Liste aufzustellen. Andererseits haben die Sozialdemokraten in dem Bezirk Wiener-Neustadt, wo sie bei den Gemeindegewahlen infolge der Abwanderung zahlreicher Betriebe Mandate verloren haben, nur 3 Prozent der Stimmen eingeholt, die bürgerlichen Parteien aber 5 Prozent und die Kommunisten sogar 25 Prozent. Also auch in diesem Bezirk, wo sich die österreichische Krise besonders stark fühlbar macht, war der Stimmenrückgang bei den Sozialdemokraten nur gering, bei den Bürgerlichen größer und bei den Kommunisten fast katastrophal.

Die Verteilung der Reparationszahlungen.

III. London, 28. Dezember.

Morgen verläßt der englische Schatzkanzler Churchill London, um am 5. Januar an der Konferenz der alliierten Finanzminister über die Verteilung der deutschen Reparationszahlungen zuzuschauen. Die Sitzung wird 14 Tage dauern und man nimmt an, daß auch hier die Regelung der alliierten Schulden besprochen werden soll.

Stephan Born*.

Zum hundertsten Geburtstag.

SPD. Am 28. Dezember 1924 ist ein Jahrhundert vergangen, seit der Führer der ersten deutschen Arbeiterorganisation Stephan Born das Licht der Welt erblickte. Bis zum 15. Jahre mit Gymnasialbildung durchliefte er in der preussischen Hauptstadt alle Wechsellagen einer Lehrlinge zählenden Buchdruckerei und erhielt schon hier die entscheidenden Anregungen zu seiner künftigen Lebensaufgabe. Durch seinen Eintritt in den 1841 gegründeten Berliner Handwerkerverein lernte er die ersten unbeholfenen Versuche einer Organisation der Berliner Gesellen und Meister im fortwährenden Sinne kennen. Bereits als Zwanzigjähriger ließ er eine Schrift erscheinen, die den Titel trägt: „Der Verein zur Hebung der arbeitenden Klassen und die Volksstimme über ihn“. Hier lehnt er die Bestrebungen ab, die der immer wachsenden Macht des Proletariats einen Damm entgegenzusetzen wollen. Wir reifen Arbeiter „wollen keine Almosen, wir wollen Gerechtigkeit“, schreibt er. „Aber Gewalt als Mittel und solchen Güterbesitz als Ziel lehnt der jugendliche Kämpfer ab. Wir wollen uns Gerechtigkeit erkämpfen durch die göttliche Macht der Wahrheit, für deren heilige Geheiß wir die Waffen des Geistes schwingen wollen. Wir wollen einen Verein bilden, Menschen werden“.

Nach Abschluß seiner Berliner Zeit ging Born nach Frankreich, dem Hort aller demokratischen Bestrebungen. In Paris gerät er endgültig in die Gefolgschaft von Engels, der seit 1846 dort lebt. Ein Jahr später bringt ihn, der nunmehr begeisteter Sozialist geworden ist, eine Agitationsreise nach der Schweiz, von da wieder nach Brüssel. Dort lernt er im ersten Vierteljahr 1848 auch Marx kennen und wird, nachdem die Revolutionen in Paris und Berlin ausgebrochen sind, von dem Kreis um Marx mit dem wichtigsten deutschen Posten betraut: er geht nach Berlin als Organisator der

Arbeiterbewegung. Damit beginnt die zweite und fruchtbarste Periode im Leben Borns: seine praktische deutsche Wirksamkeit. Über ihren Anfang schreibt er an Karl Marx: „Ich bin hier Vorsitzender eines quasi Arbeiterparlaments von Abgeordneten aus sehr vielen Gewerben und Fabriken... über den Kommunistenbund als solchen, wie er hier besteht, kann ich jetzt nichts berichten. Es hat noch niemand Zeit gehabt, ihn in der früheren Weise fest zu organisieren. Er ist aufgelöst, überall und nirgends...“ Diese Briefstelle kündigt die Wendung in Borns Tätigkeit an. Er wirkt nicht mehr für eine Geheimorganisation, sondern für die große öffentliche Partei der Arbeiter. Er muß es in den Kauf nehmen, daß ein Teil der Arbeiter noch nicht durchdrungen ist von den Lehren des Sozialismus und des Klassenkampfes. Wenn nur ihre Führung immer sich der wirtschaftlichen Gegensätze klar bewußt bleibt, dann wird es schon gelingen, die Forderungen und noch nicht klar Sehenden mit fortzureißen. Das ist der Sinn, in dem die erste deutsche Arbeiterorganisation von Born geleitet wird. Das Berliner Zentralkomitee der Arbeiter, das nun entsteht, ist aus Delegierten der einzelnen Berufe zusammengesetzt und hat einen geschäftsführenden Ausschuss. Der kapitalistische Harmoniestandpunkt war überwunden. Born begleitet die Gründung, die am 11. April 1848 vollzogen wurde, mit einem Kommentar, der folgende bezeichnende Sätze enthält: „Wir nehmen unsere Angelegenheiten selbst in unsere Hände und niemand soll sie uns wieder entreißen... Wir wollen uns in die Sache bringen, daß wir als Arbeiterklasse, als eine Macht im Staate dastehen, daß jeder von uns sich als ein Mitglied derselben erkläre und betätige, so wird die Organisation der Arbeiter für uns zur ersten Notwendigkeit, sie ist unsere erste Aufgabe“. Mit diesem Motto geht Born durch alle Schwierigkeiten des Sturmjahres und überseht dadurch das kommunistische Manifest in die Praxis.

Die folgende Zeit brachte Born viele Enttäuschungen. Das französische Parlament zog keine Arbeiter zu seinen Beratungen hinzu. Der Berliner Buchdruckerstreik, den Born im wesentlichen organisiert hatte, ging verloren. Die Arbeiterbewegungen in der Provinz fanden nicht den Anschluß an Berlin und gingen unter. Die demokratischen Kongresse, die der Arbeiterbewegung am nächsten standen und politisch die Republik anstrebten, hatten für das Proletariat kein Verständnis. Auch die französische Nationalversammlung verwarf die Berliner Arbeiterkongresse vom

August 1848 schuf deshalb ein Programm, das auch die politische Forderung der Arbeiter formulierte. Der Staat sollte das Koalitionsrecht in freier Form proklamieren, und jeder Deutsche sollte mit 21 Jahren wahlberechtigt und wahlfähig in Staat und Gemeinde sein. Indirekte Steuern sollten beseitigt und durch eine progressive Einkommensteuer ersetzt werden. Das stehende Heer sollte eingeschränkt, die Dienstzeit auf ein Jahr herabgesetzt, dagegen die Volksbewaffnung allgemein eingeführt werden. Auch die allgemeine unentgeltliche Volksschule mit unentgeltlichem Unterricht als Staatsanstalt und von der Kirche getrennt wurde gefordert. Die Arbeitszeit sollte auf 10 Stunden festgesetzt werden. Andere Forderungen betrafen die Organisation der Industrie und Agrarwirtschaft.

Mit diesem Programm begann die „Arbeiterverbrüderung“ in derselben Zeit, da die allgemeine europäische Reaktion die Freiheitsbestrebungen von 1848 wieder unterdrückte, ihr Einigungswerk. Ihr wirtschaftliches Programm bestand außer den oben erwähnten Programmpunkten in der Propaganda für Produktionsgenossenschaften mit Staatshilfe, die zuerst in Berlin als Schneiderwerkstätten, Brodbereitungen und Krankenpflegestellen ins Leben traten. Freilich war allen diesen Organisationen infolge des Ausbleibens einer Staatshilfe nur ein kurzes Dasein beschieden. Aber nach mannigfachen Hindernissen soll die Zentralorganisation schließlich doch etwa 20 000 deutsche Arbeitermitglieder umfaßt haben.

Ende Januar 1849 besuchte Born die alten Freunde Marx und Engels in Köln. Dann wurde er von Leipzig aus, wohin er über Berlin zurückgekehrt war, als Delegierter zu einer Gewerkschaftsberatung nach Dresden entsandt. Hier ist er während des Wai-auffandes noch einmal auf die Barrikade gestiegen. Nach der Niederlage des Aufstandes ordnete er den Rückzug der Freischützer ins Erzgebirge und entlang in die Schweiz. Er hat sich hier nochmals auf die Studentenbank gesetzt und als Professor der neuen Sprachen an der Universität Basel und als demokratischer Redakteur sein Leben beschloßen. Aber wenn er auch nur ein Jahr lang an der Spitze der deutschen Arbeiterbewegung gestanden hat, so hat er diese Bewegung doch organisatorisch und agitatorisch so reich befruchtet, daß die deutsche Arbeiterkraft ihm zu dankbarer Anerkennung verpflichtet ist.

*) Heber diese Epoche der deutschen Arbeiterbewegung orientiert das von Max Auerer unlängst herausgegebene Werk „Die erste deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte der Arbeiterverbrüderung, 1848-49. Mit einem Bildnis von Stephan Born. Verlag von V. Hirschfeld, Leipzig 1924. 400 Seiten. Preis brosch. 7,50, geb. 9,50. Wir werden demnächst auf das Werk zurückkommen.

Neue Angriffe der Nationalisten gegen Herriot.

Paris, 27. Dezember.
Arlegominister Kolllet hat heute Strafantrag gegen den politischen Redakteur des *Clair* gestellt wegen Veröffentlichung eines Berichtes, den General Herriot in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Interalliierten Kontrollkommission über die angebliche militärische Organisation Deutschlands im Monat April an die Interalliierte Militärische Kommission in Versailles erstattet hatte. Dies ist die zweite Anklage, die wegen Veröffentlichung von Akten aus dem Archiv der Regierung gegen den *Clair* erhoben wird. Die heute erhobene Anklage bezieht sich auf die Frage der Sicherheit Frankreichs.

SPD. Paris, 29. Dezember.

Das gegen das Blatt *Clair* wegen der Veröffentlichung eines Geheimvertrages des Generals Kolllet eingeleitete Verfahren rief zahlreiche Proteste der französischen Presse hervor und gab Anlass zu einem Briefe, den der Vorsitzende des Verbandes der Pariser Presse an Herriot richtete. Alle diese Kundgebungen weisen die gerichtliche Verfolgung des *Clair* als einen Angriff auf die Pressefreiheit zurück. In seiner Antwort auf den Brief des Vorsitzenden des Verbandes der Pariser Presse weist der Ministerpräsident darauf hin, daß die Regierung keineswegs beabsichtigt, die Pressefreiheit irgendwie einzuschränken, daß sie aber gegen diejenigen einschreiten müsse, die geheime Dokumente entwendet und veröffentlichten. In der Tat hätte die Polizei in der Redaktion des *Clair* einen weiteren Geheimvertrags gefunden, der der Presseabteilung des Generalstabes entwendet worden sei. Der Senator Henry de Jouvenal hat seine Ansicht bekanntgegeben, bei der nächsten Senatsitzung über die Einschränkung der Pressefreiheit zu interpellieren. Gleichlautende Interpellationen werden in der Kammer eingebracht werden. Die nationalpolitischen Kreise versuchen also, die Angelegenheit des *Clair* zu einem neuen Angriff gegen die Regierung Herriot auszunutzen.

Frankreichs Schulden.

Das französische Finanzministerium veröffentlicht die finanzielle Bilanz Frankreichs, durch die die Regierung Herriot das Finanzgebahren der Regierung des Nationalen Blods vor der Öffentlichkeit aufzeigen will. Das Dokument umfaßt 300 Seiten. Es ergibt folgende Bilanz der Schulden Frankreichs: Am 31. 12. 1913 betragen sie 32.594 Millionen, am 14. 7. 1924 hat die innere Schuld die Höhe von 73.550 Millionen und die äußere Schuld die Höhe von 35.964 Millionen erreicht, im ganzen also 109.514 Goldfranken. Die Schulden Frankreichs hätten sich also seit dem Jahre 1913 um 330 Prozent, die Englands um 1000 Prozent, die der Vereinigten Staaten um 780 Prozent, die Italiens um 725 Prozent erhöht. Die Kriegskosten hätten im Jahre 1914 4 1/2 Milliarden unter 10 Milliarden Ausgaben, im Jahre 1915 14 Milliarden unter 22 Milliarden Ausgaben und 1918 16 Milliarden und 56 Milliarden Ausgaben betragen.

Aus dem Bericht des Finanzministeriums ergibt sich weiter, daß die französische Regierung folgende Forderungen an ausländische Staaten hat: An das ehemalige Rußland 6.023.300.000 Franken, an verschiedene jetzt selbständige ehemals zum russischen Reich gehörende Regierungen 490.000.000, an Bulgarien 3.077.385.000, an Serbien 1.738.566.000, an Rumänien 1.132.000.000, an Griechenland 537.514.000, an Polen 895.400.000, an die Tschechoslowakei 542.200.000, an Italien 350.373.000, an Portugal 9 Millionen, an Estland 3,5 Millionen, an Lettland 9 Millionen, an Litauen 2.366.000, an Ungarn 800.000, an Oesterreich 331.926.000 Franken. Der Gesamtbetrag beläuft sich auf 15.133.074.000 Franken.

Die sozialistische Kammerfraktion zur Amnestievorlage.

SPD. Paris, 27. Dezember.
Die sozialistische Kammerfraktion nahm erneut zu der vom Senat abgeänderten Amnestievorlage Stellung. Im Laufe einer längeren Diskussion machten sich zwei Auffassungen geltend. Die eine glaubte, die vom Senat vorgenommenen einschneidenden Änderungen nicht annehmen zu können, die andre aber, darunter insbesondere Leon Blum und Renaudel, trat dafür ein, daß es vorzuziehen sei, die Vorlage in der augenblicklichen Fassung sofort zu verabschieden, statt eine weitere Verzögerung eintreten zu lassen. Mit 15 gegen 8 Stimmen (!) schloß sich die Fraktion dieser letzten Auffassung an, so daß augenblicklich eine volle Uebereinstimmung zwischen den einzelnen Gruppen des Linkstertels herrscht.

Die vier Fraktionen der Mehrheit versammelten sich später, um über eine gemeinsame Stellungnahme in dieser Angelegenheit zu beraten. Auch hier wurde der Beschluß gefaßt, den Senatstext ohne Änderungen anzunehmen und zu gleicher Zeit an die Regierung die Aufforderung zu richten, die restliche Wieder-einstellung der Eisenbahner bei den Eisenbahngesellschaften zu erzwingen.

SPD. Paris, 27. Dezember.

Die Regierung widmet trotz der Erklärung Herriots, daß die kommunistische Bewegung in Frankreich keine Gefahr bedeute, der kommunistischen Agitation große Aufmerksamkeit. Es ist ein neues Polizeidepartement geschaffen worden, dessen ausschließliche Aufgabe ist, den Informationsdienst über die revolutionäre Propaganda zu zentralisieren und die „lästigen“ Ausländer zu überwachen.

Schwere Anklagen gegen Mussolini.

SPD. Rom, 28. Dezember.
Der Mondo veröffentlicht am Sonnabend die Abschrift einer Denkschrift, die von dem ehemaligen Presschef Mussolinis, Rossi, der sich wegen der Teilnahme an Matteotti-Mord zur Zeit im Gefängnis befindet, vor seiner Verhaftung verfaßt wurde. Rossi übermittelte diese Abschrift einem Freunde, der sie jetzt zur Veröffentlichung der Redaktion des Mondo zugeleitet hat. In ihr wird dargelegt, daß der Verfasser selbst von der Morbidat an Matteotti vorher nichts gewußt hatte. Er beschuldigt dagegen Dumini, der sich bekanntlich wegen der Matteotti-Affäre ebenfalls in Haft befindet, als Haupttäter und bezichtigt Mussolini einer ganzen Reihe von Missetaten. Er soll u. a. keine Genehmigung zu der Verpragung Amendotas und der abtrünnigen faschistischen Abgeordneten Mussuri und Formi durch die Faschisten gegeben haben. Außerdem wird erklärt, daß die Angriffe gegen die Villa Rittis im Einverständnis mit Mussolini erfolgten. Im übrigen soll der Generaldirektor des Sicherheitsdienstes, de Boni, den Matteotti-Mördern gefälschte Pässe zur Flucht nach Frankreich gefälscht haben. Der Untersuchungssekretär Finzi hat zu diesem Zweck angeblich 1000 Lire zur Verfügung gestellt. Rossi beruft sich zur Bestätigung seiner Angaben auf eine ganze Reihe bekannte faschistische Abgeordnete und Journalisten.

Die Denkschrift, die in den letzten Tagen als ein sensationelles Dokument angekündigt worden war, wird laut Agenzia Stefani von der öffentlichen Meinung gleichgültig aufgenommen, weil man den Eindruck habe, daß in dieser Denkschrift nur ein Beschuldiger spricht, der sich zu verteidigen suche, indem er Anklage erhebe, ohne irgendeinen Beweis zu erbringen.

Die italienische Wahlreform.

Rom, 27. Dezember.
Die Blätter veröffentlichten den Bericht Mussolinis zur neuen Wahlreformvorlage, die in folgenden Punkten aufgenommen ist: 1. Erhöhung der Mandate von 585 auf 600, so daß auf je

50.000 Einwohner ein Mandat entfällt. 2. Wiederherstellung des Einmännerwahlrechtsystems. 3. Aufhebung der Ballotage zur Vermeidung von Wahlkompromissen. 4. Einführung des Wahlverfahrens. 5. Verstärkung der Bestimmungen über die Nichtwählbarkeit von Beamten und Militär.

Gazzetta del Popolo zufolge sagte Mussolini einigen faschistischen Abgeordneten, die neue Wahlvorlage sei keinerlei Kompromiß, sondern seiner eigenen Initiative entsprungen und bilde nur einen Teil des großen Programms, das er im nächsten Jahre verwirklichen wolle. Die Wahlvorlage werde mit der Opposition oder ohne sie angenommen werden. Er, Mussolini, wolle auch die Neuwahlen ausprechen, aber nicht sofort, sondern zu dem Zeitpunkt, den er für richtig halten werde.

Branting und Mussolini.

(33.) Genosse Hjalmar Branting, der schwedische Ministerpräsident und Vertreter Schwedens im Völkerbund, konnte wegen seiner schweren Erkrankung an der letzten Tagung des Völkerbundesrates in Rom nicht teilnehmen. Er beauftragte seinen Stellvertreter, den Minister des Äußeren Anden, in seinem Namen auf Matteottis Grab einen Kranz niederzulegen, an dessen Schleifen die Widmung stand: „Matteotti, der für die Freiheit seines Vaterlandes starb.“ Branting. Als die Absicht des schwedischen Delegierten in Rom bekannt wurde, begann in der faschistischen Presse ein Kesseltreiben gegen Branting. Mussolini ging sogar zum schwedischen Gesandten und warnte ihn davor, Matteottis Grab zu besuchen, denn diese Demonstration könnte von den Faschisten Roms als eine „Provokation“ aufgefaßt werden und zu unliebsamen Weiterungen führen! Der schwedische Außenminister Anden sah sich infolge des drohenden Auftretens Mussolinis veranlaßt, seinen Plan fahren zu lassen und verließ Italien mit dem gewiß begründeten Eindruck, daß in dem faschistischen Italien zwar das Morden erlaubt, jedoch die Ehrung des Andenkens der Märtyrer der Arbeiterklasse nicht erlaubt ist, es sei denn, daß man es auf einen diplomatischen Konsult ankommen lassen will.

Die bayerischen Monarchisten an der Arbeit.

SPD. München, 27. Dezember.
Der Mittelpunkt der monarchistischen Bewegung in Bayern ist heute der von Dr. Helm begründete „Bayerische Heimat- und Königshund“, dem es in der letzten Zeit gelungen ist, die kleinen Königshunde, die ein kaum beachtetes Dasein führten, mit sich zu verschmelzen. Sein nächstes Ziel sieht dieser Heimat- und Königshund darin, die Bayerische Volkspartei, in der er von Anfang an erheblichen Einfluß hatte, parteiprogrammatisch und offiziell auf das Bekenntnis zur Monarchie festzulegen. Am 1. Januar gibt der Bund auch ein zunächst zweimonatlich erscheinendes neues Organ heraus, betitelt Bayerischer Herald. Die Leitung des Bundes hofft, daß das Blatt bald zu den führenden Zeitungen Bayerns zählen wird, denn es wird, wie es in der Ankündigung heißt, das einzige völlig unabhängige Organ einer wahrhaft heimat- und königstreuen Staatsauffassung sein.

Der neue Feind Bayerns.

SPD. München, 27. Dezember.
Der Bayerische Kurier, der dem bayerischen Kabinett bekanntlich nahesteht, läuft am Sonnabend Sturm gegen einen „neuen Feind“, der die Pfalz zwar nicht vom Reich, aber möglichst bald von Bayern trennen will. Es handelt sich um angebliche Pläne im Reichsfinanzministerium, durch die die Pfalz steuerlich von Bayern losgelöst und dem Landesfinanzamt Darmstadt unterstellt werden soll. Bisher waren die Finanzämter der Pfalz dem Landesfinanzamt in Würzburg unterstellt. Das Blatt behauptet, daß gewisse Machthaber in Berlin den jetzigen Augenblick zur Durchführung dieses Planes für den richtigen halten und man bereits am Werke sei, ihn auszuführen.

Die albanische Regierung auf der Flucht.

SPD. Rom, 28. Dezember.
Die albanische Regierung ist unter Führung des Ministerpräsidenten Fannoli am Sonnabendabend auf einem Schiff in Brindisi eingetroffen. Mitglieder der Regierung erklärten, daß ihre Niederlage auf die Beteiligung jugoslawischer Truppen an den Kämpfen zurückzuführen sei. Wie die Telegr.-Union berichtet, ist es noch nicht bestimmt, ob eine Weiterreise der Regierungsmitglieder nach Rom erfolgt, da die italienische Regierung strikte Neutralität zu den innerpolitischen Wirren in Albanien einnimmt, und ein Aufbruch Fannolis in Rom bei der jetzigen Lage zu Mißdeutungen Anlaß geben könnte.

Auch Valona in den Händen der Aufständischen.

M. Belgrad, 28. Dezember.
Nach hier eingetroffenen Meldungen ist Valona in die Hände der Aufständischen Ahmed Bey Rogujs gefallen.

M. Paris, 28. Dezember.

Das französische Torpedoboot *Hoos* ist, wie der *Matin* aus Boulogne meldet, gestern Abend zum Schutze der französischen Interessen nach den albanischen Gewässern entsandt worden.

Jitas Sehnsucht nach Ungarn.

M. Wien, 28. Dezember.
Die Stunde will wissen, daß sich die Erzherzogin Jita in einer Note an die Völkerverkonferenz mit der Bitte gewandt habe, ihr die Rückkehr nach Ungarn und den Aufenthalt in Gödöllö zu ermöglichen. Nach Mitteilungen aus unterrichteten Kreisen ist jedoch nicht daran zu denken, daß die Erzherzogin eine solche Erlaubnis erhalten wird. Aber selbst für den ganz ungewöhnlichen Fall, daß dies möglich wäre, würde von ischischer und von jugoslawischer Seite der allerheftigste Protest gegen eine Rückkehr der Erzherzogin nach Ungarn eingelegt werden.

Die Kullischer-Affäre wächst sich zu einem Riesen-skandal aus.

Berlin, 29. Dezember. In Sachen des wegen betrügerischer Mäander verhafteten Oberbankinspektors Iwan Kullischer soll gestern Geheimrat Röhre von der Preussischen Staatsbank unter dem Verdacht der Untreue gegenüber der Staatsbank verhaftet worden sein. Weiter seien in Untersuchungshaft genommen worden Oberbankinspektor Lodow wegen des dringenden Verdachts der passiven Bestechung und das Vorstandsmittglied der aus den Vermögensverwaltungsstellen für Offiziere und Beamte hervorgegangenen Kredit- und Handelsbank A.-G. in Berlin Dr. M. Feld wegen dringenden Verdachts der aktiven Bestechung. Das Direktorium des im Zusammenhang mit der Affäre Kullischer viel genannten Breslauer Bankhauses C. v. Stein hat beschloffen, den Antrag auf Geschäftsaufsicht zu stellen, da das Bankhaus, wie es in der Begründung seines Antrages heißt, infolge der Verhaftung seines jetzigen Besitzers Kullischer und aller Prokuristen der Bank über die nötigen Mittel nicht mehr disponieren könne, wodurch augenblicklich Geldschwierigkeiten entstanden seien.

Berlin, 28. Dezember. Im Anschluß an den gestrigen Besuch des Oberstaatsanwalts Dr. Lindner in der Seehandlung wurde der zweite Sohn Kullischer, der neunzehnjährige Direktor Max Kullischer, vernommen, gegen den sich, wie eine hiesige Korrespondenz meldet, so zahlreiche belastende Momente ergeben haben, daß er sofort verhaftet wurde. Max Kullischer ist Direktor eines von seinem Vater gegründeten Konzerns „Automobil- und Motor-Werkzeugfabrik“. Ferner ist unter dem dringenden Verdacht der Mißbräuche und der Veruntreuung der abgebauten Bankinspektor Erich Kersön aus Danlow verhaftet worden.

Der neue Fall Haarmann.

Ueber die bereits mitgeteilte Morbanfälle in Münsterberg berichtet der *Sax. Pressedienst*: Die Verbrechen spielten sich auf einem kleinen Gehöft in Münsterberg in Schlefien ab, dessen Besitzer Karl Denke einst war, das er zuletzt aber nur noch bewirtschaftete, nachdem er sich als Opfer der Inflationszeit gezwungen sah, seinen Besitz zu veräußern. Die Untaten wurden rascher, als dem Unmündigen ein Mordüberfall auf einen Handwerksburschen, der bei ihm vorgeprödet hatte, nicht gelang. War es bei Haarmann eine erotische Entartung, die ihn zum Massenmörder werden ließ, so scheint es sich bei dem schlesischen Landwirt, soweit die Untersuchung bis jetzt Einblick gewährt, um einen regelrechten Mißfall in den Kannibalismus, das Menschenfressertum, zu handeln. Ob der Mörder das Fleisch seiner Opfer wirklich selbst genossen hat, konnte nicht festgestellt werden, aber die gründliche Durchsichtung seines Besitztums zeigte, daß er das Fleisch der Getöteten regelrecht bearbeitete und zur Lauseraufbewahrung herrichtete. In einem großen Holzfaß wurden regelrecht eingepökelte Fleischstücke gefunden, bei denen es sich nach wissenschaftlichen Untersuchungen einwandfrei um die verschiedensten menschlichen Körperteile handelt. Hinter einem Stall wurde noch ein andres Holzfaß entdeckt, in dem sich Finger, Zehen, Gelenke usw. vorfanden. Auch Schüsseln mit reinem Menschenfett und gelbbraune Flüssigkeiten aus Menschenhaut angefertigt, die der Mörder selbst trug, kamen bei der Untersuchung ans Tageslicht. Festgestellt wurde ferner, daß es sich um das Fleisch verschiedener Männer handelte. Andre Funde im Hause des Menschenfressers bestätigten, daß er eine größere Zahl von Menschen umgebracht hat. Es fanden sich zahlreiche Papiere und Ausweise, meist Anstellungsarten und Arbeits- und Inwalidenbescheinigungen, die zweifellos den beseitigten Opfern gehören.

Wie Haarmann, so hat auch Denke lediglich männliche Personen geblutet. Die Opfer Denkes waren nach allem, was sich bisher ermitteln ließ, ältere Landstreicher und Handwerksburschen, die bei ihm vorzuplachten. Sechs bis sieben der Ermordeten konnten bis jetzt mit Namen festgestellt werden. Anhalt dazu haben die aufgefundenen Papiere, die auf einen Schlosser Hermann Müller, einen Tischlergehilfen Heinrich Bruchmann, einen Maschinenbauer Karl Seidel, einen Ackerlutscher Kaspar Habel und einen Konditor Adolf Samisch, fast alle aus Schlefien selbst gebürtig, lauten. Die übrigen Papiere geben bisher nicht genügend Anhalt zum namentlichen Feststellen weiterer Opfer.

Wie im Falle Haarmann, so konnte auch die Beseitigung dieser Menschen erfolgen, ohne daß die Untaten entdeckt worden wären. Dabei hat Denke keineswegs in einem einsamen Gehöft gewohnt. Ueber ihm war eine Familie eingewickelt. Diese stellte zwar oft einen widerlichen Geruch fest und gab auch jetzt der Staatsanwaltschaft zu, nicht nur nächtlicherweile Sägen und Klopfen gehört, sondern auch Geräusche wie *Klöscheln* und *Sidhnen* vernommen zu haben. Aber zur Rede gestellt, erklärte Denke, daß er Hunde schlafte, deren Fetz er zur Bekämpfung einer Krankheit brauche. Die Morde wurden vor allem deshalb nicht früher entdeckt, als niemand dem 54 Jahre alten Landwirt diese Untaten zutraute. Er galt zwar als etwas verschlossen und eine Art Sonderling, aber bei Prozeßionen und Beerdigungen trug er in der Gemeinde das Kreuz, was ihm ein gewisses Ansehen verlieh. Selbstverständlich melden sich jetzt Zeugen, die das und jenes beobachtet, an diesem und jenem Anstich genommen haben wollen. In einem benachbarten Garten wurden auch Knochen entdeckt, die aller Wahrscheinlichkeit von Menschen stammen. Die Staatsanwaltschaft will nunmehr ein Mordbruch neben dem Gehöft Denkes abtassen, weil sie vermutet, daß hier noch weitere Teile der Leichen und vor allem vielleicht die Köpfe der Getöteten aufgefunden werden können. Ganz werden die Verbrechen dieses Massenmörders, sich nie aufklären lassen, denn der Täter selbst ist nicht mehr am Leben. Er hat unmittelbar, nachdem ihm sein letzter Mordanschlag, der zur Aufhebung seiner Verbrennung führte, schlagelagert war, seinem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht. Das hat wenigstens das eine Gute, daß das deutsche Volk von den Wiederholungen eines Haarmann-Prozesses verschont bleibt.

Von Nah und Fern.

Wieder ein Bauunglück.

Berlin, 28. Dezember. Bei Bauarbeiten auf dem ehemaligen Strahlenbahnhof in Berlin-Tempelhof ist heute ein 12 Meter hoch angebrachtes Hänegerüst aus unbekannter Ursache hinuntergestürzt. Von den sieben Arbeitern, die sich auf dem Gerüst befanden, sind vier sehr schwer verletzt worden. Sie mußten ins Krankenhaus übergeführt werden, wo einer seinen Verletzungen erlegen ist.

Schweres Unglück beim Bau einer Antennenanlage.

Königs-Wusterhausen, 24. Dezember. Beim Bau des Mittelmales für die neue Antennenanlage bei der Hauptfunkstelle Königs-Wusterhausen stürzte heute Mittag ein bei der Montage benutztes 100 Meter hoch auf dem sich zehn Personen befanden, aus noch unangefährter Ursache aus 20 Meter Höhe herab. Von den zehn Arbeitern wurden fünf schwer verletzt; einer starb kurz nachher infolge von Lungenverletzung. Die vier andern Schwerverletzten haben Arm- und Beinbrüche erlitten; doch besteht nach ärztlicher Auskunft keine Lebensgefahr. Die übrigen fünf Abgestürzten kamen mit leichteren Verletzungen davon.

Großfeuer auf einer Aufrache.

Gelsenkirchen, 27. Dezember. Auf der Zeche Zentrum in Wattencheid entstand ein großes Feuer. Ein Teerfessel war schadhaft geworden, und die herausströmende schiebende Masse wurde durch das Feuer unter dem Keil entzündet. Die Brandgase brühten die Wand zu einem Arbeiteraufenthaltsraum ein. Ein Arbeiter wurde sofort getötet; ein zweiter starb bald darauf, und ein dritter wurde lebensgefährlich verletzt dem Krankenhaus zugeführt.

Große Kälte an der Oberelbe.

Hamburg, 27. Dezember. Die Vereinigten Elbfischfänger-Gesellschaften teilen mit: Die in den letzten Tagen eingetretene Kälte hat auf der Ober- und Mittelelbe eine starke Eisbildung erzeugt, die uns zwingt, den regelmäßigen Schiffsahrtbetrieb gemäß § 113 der Verkehrsbedingungen mit dem heutigen Tage als geschehen zu erklären.

Die Opfer der Explosion in Otaru.

Paris, 28. Dezember. Zur Explosion, die am Bord eines japanischen Schiffes im Hafen von Otaru erfolgte, erlitt Japan, daß eine Dynamitladung in die Luft geflogen ist. Der Bahnhof und die angrenzenden Anlagen wurden zerstört. Fünfzig Personen wurden getötet, fünfzig schwer und 280 leichter verletzt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Albert Fische in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseratenteil:

Hugo Schepand in Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Blütenschnee, das Beste von Aufsprüngen d. Haut, besitz. Röt. u. Pusteln. 17
Allein echt König-Salomo-Apothek. Grimmaische Str.

Alle Wunden, auch Beinschäden, sowie nasse u. trockene Gebrauch von Duragen-Salbe. Postversand n. auswärts. 17
Allein echt König-Salomo-Apothek. Grimmaische Str.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 29. Dezember.

Wo ruft die Pflicht.

Stadtvorordnetenstrafkoll.

Montag, 6 Uhr: Fraktionsführung im Volkshaus.

Arbeiter-Bildungsinstitut:

Funktionärschule. Gefelliges Beisammensein am 10. Januar, abends 7 Uhr, im Gartensaal, Volkshaus.

Achtung, Kürztler! Um an der Abendkasse einen zu starken Andrang zu vermeiden, bitten wir unsere Anrechtler dringend, die Karten zum Spioestkonzert vorher zu lösen.

Kinderfreunde.

Möbern. Freitag, den 2. Januar, spielen wir wieder in der Bibliothek. Kommt alle! Meldet euch sofort zum Winterportfest!

Fingerlutscher.

Man weiß nicht mehr: soll man die Schmieranten in der linken Elisenstraße noch politisch oder nur noch pathologisch nehmen. Was da tagtäglich in dem Blatte, so sich Sächsische Arbeiterzeitung nennt, zusammengelogen wird, kann doch kaum noch von normalen Menschen stammen.

Wollten wir jeden Schwindel dieses „Arbeiter“-blattes, das getrost jede Konkurrenz mit der dreifachsten literarischen Klasse eines vollkommenen bürgerlichen Journalismus aushalten kann, widerlegen, wir müßten täglich Spalten füllen und kämen doch zu keinem Resultat, weil sich diese Abkömmlinge des Reichslügenverbandes den Teufel um Richtigstellungen scheeren.

So unappetitlich demnach das Geschäft ist, sich mit der SZ. zu befassen, gelegentlich ist es doch erforderlich, an Hand einiger Tatsachen das Pathologische der SZ-Journalistik nachzuweisen.

Die SZ-Fingerlutscher fernieren ihren Lesern als jüngsten Coup „Gespräche in der L. B.“ Der Leser horcht auf. Da hat die SZ also auch in der L. B. ihre Vertrauensmänner, die ihr getreulich berichten, was in der L. B. gesprochen, verhandelt, kritisiert wird.

Ein andres Gespräch soll sich im Kontor zwischen dem Genossen Wittig und der Genossin Pieper abgespielt haben, ein drittes ebenfalls im Kontor zwischen dem Genossen Ernst und dem Genossen Wittig.

In diesen „Gesprächen“ ist so viel wahr, daß absolut nichts an ihnen wahr ist.

Aber was verschlägt das? Die Herren von der SZ. sind verpflichtet, den Gegner, das heißt die Sozialdemokratie, nach dem Leninischen Rezept mit allen Mitteln zu bekämpfen, mit Lüge, mit List, mit Verheimlichung der Wahrheit und was sonst in dem politischen Arsenal der SPD. an Waffen vorhanden ist.

„Die Kommunisten lügen nicht. Sie lügen nie. Denn die Lüge als bewusstes Kampfmittel benutzen, wie es die Kommunisten in den Tageszeitungen tun, ist keine Lüge, sondern eine verstandesvolle Notwendigkeit, die Lüge beginnt erst beim Selbstbetrug.“

Was wohl genügen dürfte.

Bei dieser Gelegenheit noch ein Wort über Herrn Kaufmann, den wir als erbärmlichen Denunzianten seines eigenen Schwagers gekennzeichnet hatten. Dieser Bursche hatte zwar nicht den Mut, uns eine preßgesetzliche Verurteilung zu schicken. Er fand einen Ausweg und veranstaltete einen andern Schwager, der mit der Sache gar nichts zu tun hat, zu einer „Berichtigung“. Und in der SZ. behauptet er, wir seien Verleumder und er sei stolz, einer staatsgefährlichen Partei anzugehören.

Das Wirken des Arbeiterbildungsinstituts.

Welch tiefe Achtung die Bildungsbestrebungen der Arbeiterschaft auch den uns Fernstehenden abnötigen, zeigt ein Brief an das ABZ, den wir ohne Kürzung abdrucken. Er ist zugleich ein Beweis dafür, daß die künstlerischen Darbietungen, die das ABZ. in den Weihnachtstagen der Arbeiterschaft vermittelt hat, wirklich die wertvollsten waren, die zu dieser Zeit in Leipzig geboten wurden.

„Seit Jahren verfolge ich mit wachsender Sympathie, was die Leipziger Arbeiterschaft durch ihre Bildungsrichtung, das ABZ,

zur eigenen kulturellen Hebung leistet. Dürftlich gehöre ich der Partei zwar nicht an, meine Familie ist eine alte Juristenfamilie, die stolz darauf ist, daß aus ihr mehrere höchste juristische Beamte hervorgegangen sind. Sie kennt natürlich meine Meinung zur Sozialdemokratie. Früher wurde ich deshalb als so etwas wie ein räudiges Schaf der Familie betrachtet. Es gab ernste Auseinandersetzungen manchmal, herrschten doch in unseren Kreisen die sonderbarsten, oft geradezu komisch anmutenden irigen Vorstellungen über die Bestrebungen und den Charakter der sozialistischen Bewegung. Dana kommt es auch vor, daß man mich lächerlich zu machen versucht, daß man mich überhäufig den „Genossen“ nennt. In meiner Argumentation verweise ich denn häufig auf die Bildungstätigkeit der Partei und der Gewerkschaften durch das ABZ., und die müssen meine Opponenten immer respektvoll anerkennen. Wenn irgend etwas, so ist es diese Kulturarbeit, die für die sozialistische Bewegung Sympathie bei ihren Gegnern zu erwecken vermag. Zeige ich einige Nummern des „Kulturwillen“, diese gut geleitete Zeitschrift systematischer Bildungsarbeit, und erkläre ich, daß sie in 10 000 Exemplaren monatlich gratis unter der Arbeiterschaft verteilt wird, so beugne ich unvorhergesehenen Enttäuschungen. Dabei hält man mir immer entgegen, daß die Artikel für die Arbeiter zu hoch sein müßten, und ich erwidere, diese Meinung beweise eben, daß meine Opponenten von der Arbeiterschaft und ihrer Bewegung zu gering denken, daß sie sie nicht kennen, und daß sie selbst einmal die Veranstaltungen besuchen müßten.

Kun bin ich mit zwei Freunden zu den Veranstaltungen des ABZ. des 2. Weihnachtstages gegangen und meine Erwartungen wurden erfüllt. Die beiden konnten sich näher nicht lobend genug über das Gehörte aussprechen und worüber sie sich besonders wunderten, war die Aufmerksamkeit und die Andacht, mit denen die Besucher der Vorlesung im Neuen Theater und der Kammermusik im Rathaus lauschten. Um ihren Eindruck voll zu machen, lasse ich ihnen dann noch, müßt ihr noch das Silvesterkonzert des ABZ. besuchen. Da könnt ihr sehen, wie vorteilhaft die Silvesterfeier der organisierten Arbeiterschaft sich von den andern unterscheidet, und wie erst das Bildungsbestreben der Leipziger Arbeiter ist. Ich weiß, daß gerade die Durchführung dieses Konzerts für das ABZ. ein großes finanzielles Wagnis ist. Aber ich würde es sehr bedauern, wenn es nicht die nötige Unterstützung fände. Gestatten Sie mir Ihnen meine besten Wünsche zum guten Gelingen zum Ausdruck zu bringen und Sie meiner lebhaftesten Sympathie für Ihre Arbeit zu versichern. Sie ist eines der besten Mittel, Sympathie auch in Ihnen noch fernstehenden Kreisen für die sozialistische Bewegung zu erwecken.

Schachtungsvoßfi

3-7.

Die würdigste Silvester-Feier

Ist unser berühmtes Sinfoniekonzert nachts 11 Uhr in der Albertshalle, ausgeführt vom Gewandhausorchester, Herrn Tolémaque Lambrino, Dir. Herr Generalmusikdirektor G. Brecher. Programm: Egnont-Duvertüre — Es-Dur, Klavierkonzert — C-Moll (Die 5. Sogen. Schiffals) Sinfonie von Beethoven. Preise 1.—, 2.—, 2.50, 3.— Mart. Nichtanrechtler 1.50. Die Plätze von 2.25 an sind nummeriert. Karten auch an der Kasse.

Ein Sieg der organisierten Verbraucher.

Als mit Ende des Jahres 1923 der Inflation ein wirksamer Damm entgegengesetzt wurde, war es möglich, einmal das Trümmersfeld des Wirtschaftslebens zu übersehen. Auf der Strecke blieb eine große Reihe Unternehmungen, die in geordneten Verhältnissen keine Daseinsberechtigung hatten. Aber nicht allein die logenanstrengten Inflationunternehmungen erlitten heftige Stöße, auch alte, auf fundierte Firmen hatten während der Umstellung Krisen zu überwinden. Privatkapitalisten haben sich durch Niedrighalten der Löhne, verlängerte Arbeitszeit usw. eine Verbreiterung ihrer finanziellen Grundlagen zu schaffen gewußt.

Mit ganz andern Schwierigkeiten hatten aber Genossenschaften bei ihrem Wiederaufbau zu rechnen, da sie nicht in der reichlich vorhandenen Kapitalistischer Ausbeuter auf Kosten der Arbeiter und Angestellten ihren Betrieb fortsetzen wollten. Wohl mußten allerorten Einschränkungen vorgenommen werden, aber im wesentlichen hat man es beim Konsumverein Leipzig-Plagwitz verstanden, unter Aufrechterhaltung des so wertvollen Organisationsapparates zum Vorteil der Mitglieder zu wirtschaften und auch im vergangenen Jahre außerordentliche Erfolge zu erzielen.

Als die Note der Inflation mit ihrer ungeheuren Wucht hereinbrach, war es im Jahre 1923 in Frage gestellt, ob man die Fleischerei aufrechterhalten sollte und könne. Man kann auf einen Ausweg, um diesen wichtigen Betrieb der organisierten Verbraucher zu erhalten. Sowohl Geschäftsleitung als auch Personal waren sich damals darüber klar, daß dieser große Geschäftszweig mit seinen 23 Spezialverkaufsstellen selbst unter den größten Opfern aufrechterhalten werden müsse, um bei Wiederkehr geordneter Verhältnisse sofort arbeitsfähig zu sein. Das Personal hat sich damals monatlang mit dem Einkommen eines Arbeitstages in der Woche begnügt und dadurch genossenschaftlich der organisierten Arbeiterschaft einen großen Organisationsapparat erhalten.

Als es gar nicht mehr weiter gehen wollte, wurde ein Angebot von Geschäftsfreunden in Erwägung gezogen, die Fleischerei in Form einer Aktiengesellschaft weiter zu betreiben und ihr durch die Beteiligung fremder Mittel die Existenz zu ermöglichen. Diese vorgesehene Maßregel war noch nicht in Wirklichkeit getreten, als die Stabilisierung unter Wahrung endlich kam und damit die Möglichkeit, das Unternehmen aus eigenen Kräften wieder vorwärts zu bringen. Zunächst brachte die Genossenschaft sämtliche Aktien in ihren Besitz und eröffnete nachdem am 1. Januar 1924 den Betrieb unter der Firma Fleisch-Industrie-Aktiengesellschaft (Finag).

Ein Jahr Betriebsführung liegt nun hinter uns. Es war eine Kette von Erfolgen. Nicht nur wurde die erstklassige bekannte Qualität der Genossenschaftserzeugnisse aufrechterhalten, auch die Preisbildung des Leipziger Fleischwarenmarktes wurde wesentlich beeinflusst. Die stets sich vergrößernde Umsatzenzahl machte mehrfache Betriebsumänderungen im Laufe des Jahres notwendig und zum Jahresabschluss kann man rücksehend wohl sagen, daß der Wiederaufbau in jeder Hinsicht gelückt ist. Wohl hat es oft der größten Anstrengungen bedurft, um den wiedererlangten Bedarf zu befriedigen; aber immer wurden Mittel und Wege gefunden, das Aufblühen der Konsumfleischerei zu ermöglichen.

Nachdem nunmehr auch hier eine Stabilität der Verhältnisse zutage getreten ist, will der Konsumverein Leipzig-Plagwitz, obwohl er Eigentümer sämtlicher Aktien ist, ab 1. Januar 1925 die Fleischerei wieder unter dem alten Namen: Konsumverein Leipzig-Plagwitz und Umgebung, e. G. m. b. H. Abteilung Fleischwaren,

Leipzig-Connwitz, betreiben. Damit hat er den letzten trennenden Schnitt zwischen Inflationszeit und unsern heutigen Verhältnissen vollzogen und den organisierten Verbrauchern endlich den Eigenbetrieb gesichert. Nie ist ein Pfennig fremdes Altskapital in diesem Betrieb gewesen. Immer, selbst unter den größten Schwierigkeiten, hat die Genossenschaft ihre Betriebe selbst finanziert. Nun gilt es reiflos weiter zu arbeiten, um das Erreichte zu erhalten und weiter auszubauen.

Das Verständnis und die genossenschaftliche Treue der Mitglieder hat es ermöglicht, daß der Konsumverein ohne vernichtende Schläge die Inflationsperiode überstand. Seine Sparkasse hat sogar die Sparanlagen mit 15 Prozent anwerten können — weit mehr als alle Leipziger Sparkassen ihren Einlegern bieten konnten. Der weitere Ausbau der Genossenschaft wird sich immer rascher vollziehen, je fester die Mitglieder auch im kommenden Jahre ihr die Treue wahren.

W. K.

Die Macht der Kirche.

Wie stark der Bau der evangelischen Kirche abgedreht, zeigen die statistischen Mitteilungen aus dem Kirchenteile Leipzig-Land für das Jahr 1923. Da erfährt man, daß 16,5 Prozent der geborenen Kinder ungetauft blieben, daß von 1012 rein evangelischen Paaren sich nur 782 kirchlich trauen ließen, also nicht weniger als 230 Ehepaare auf den Segen der Kirche verzichteten. Nur 17,2 Prozent der Gemeindeglieder nahmen das Abendmahl, 798 Erwachsene und 97 Kinder traten aus der Kirche aus, 31 mal wurde die Konfirmation und 18 mal die Taufe verweigert. — Die Tatsache, daß im vorhergehenden Jahre die Zahl der Kirchengaustritte noch um 808 bei Erwachsenen und um 97 bei Kindern höher war, zeigt wie notwendig eine starke freidenkerische Propaganda ist. Eines der besten Mittel, freidenkerische Ideen in die Massen zu tragen, sind gut organisierte und wohl vorbereitete Jugendweihen. Nicht nur in der Stadt, auch auf dem Lande müssen diese so ausgestattet werden, daß ihre propagandistische Kraft sich immer stärker auswirkt. Je rascher das Proletariat die geistigen Fesseln abwirft, um so eher wird es auch seine wirtschaftlichen Unterdrücker besiegen.

Die Fürsorge für Schwangere und Wöchnerinnen.

Es scheinen in der Öffentlichkeit falsche Vorstellungen darüber zu herrschen, welche Hilfe nichtversicherten Schwangeren und Wöchnerinnen zuteil wird. Nach den Reichsfürsorgegrundrissen vom 4. Dezember 1924 soll ihnen die Fürsorge im Falle der Bedürftigkeit die Leistungen sicherstellen, die nach der Reichsfürsorgeordnung die Familienangehörigen von Versicherern erhalten. Diese Hilfe hat nicht den Charakter der Armenpflege und hat keinerlei Rechtsnachfolge zur Folge. Sie mußte auf den Kreis der Bedürftigen beschränkt bleiben, weil sie eine Leistung der öffentlichen Fürsorge darstellt. Doch wird in den amtlichen Erläuterungen zu den Reichsfürsorgegrundrissen ausdrücklich betont, daß die Fürsorge bei der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit besonders wohlwollend verfahren und daher vielfach auch bei Familien eingreifen müsse, bei denen sonst die Inanspruchnahme öffentlicher Fürsorgemittel nicht in Betracht kommt. Die Gewährung der Hilfe an fest bestimmte Einkommenssätze zu binden, wie dies das am 1. April ausgehobene Gesetz über die Wochenfürsorge tat, erwies sich bei der Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse in den einzelnen Teilen des Reichs als unzumutbar. Die Einkommensgrenzen lagen außerdem so niedrig, daß sie vielen Frauen die Hilfe entziehen würden, denen sie jetzt zuteil werden soll. Wo ein Verdienst nach beträchtlichen Einkommensjahren besteht, können sie von der Landesregierung den örtlichen Verhältnissen entsprechend festgesetzt werden.

Mahnverfahren und Rechtsanwaltschaft.

Die Frage einer etwaigen Umgestaltung des Mahnverfahrens muß die Aufmerksamkeit aller Rechtsjudenden und aller an der Rechtspflege Beteiligten beanspruchen. Seit Jahrzehnten ist das Mahnverfahren den ordentlichen Gerichten übertritten. Der Zustand hat sich ebensolange bewährt. Schon aus diesem Grunde muß vor Experimenten gewarnt werden, die schließlich auf eine augenblickliche, vorübergehende Kostlage zurückzuführen. Solcher Kostlage ist eben mit andern Mitteln abzuhelfen. Grundtätliche Systemänderungen können dafür unmöglich in Frage kommen. Vielmehr tragen die Schuld an der Verzögerung der Mahnsachenbehandlung der überreife Beamtenabbau, der, wie die Beamtenhaft stets vorausgesetzt hat, von den ehemaligen Befürwortern noch einmal bedauert werden wird, die gesamte Wirtschaftslage, die eben ein rasches Anwachsen der Mahngelände um das Sechsfache zur Folge gehabt hat, und schließlich die Schnelllebigkeit, mit der der heutige Zustand nach den katastrophalen Zeiten und Wirkungen der Geldentwertung, die natürlich auch den Zahlungswillen der Schuldner psychologisch höchst ungünstig beeinflusst haben, im Zeichen der Marktstabilisierung über uns hereinabgebrochen ist. In der Vorstellungswelt des deutschen Staatsbürgers sind es die Gerichte, an die er sich mit Gesuchen um Erlaß eines Zahlungsbefehls zu wenden hat. Wer die Frage: Rechtsanwaltschaft oder Gerichte als Träger des Zahlungsbefehls? sachlich lösen will, muß unter allen Umständen von dem Rechtsempfinden der großen Masse ansuchen. Rücksichtnahme hierauf und auf die Erfordernisse eines billigen, schnell sich abwickelnden Geschäftsbetriebes erheischen mithin im Interesse der Rechtspflege gebieterisch die Beibehaltung des heutigen Rechtszustandes. Und die staatsrechtlichen Gesichtspunkte? Staatliche Hoheitsrechte können nicht auf nichtstaatliche Organe übertragen werden, ohne staatsliche Hoheitsrechte — hier richterlicher Art — in einschneidendster Weise zu vermindern. Der Rechtsanwalt ist Vertreter einer einzelnen Partei. Dieser Partei hat er zu dienen; beiden Parteien zugleich kann er gar nicht gerecht werden. Er würde sodann sozusagen der Richter seines Gewaners sein, also Kläger und Richter in einer Person, wenn der Vollstreckungsbefehl erteilt wird. Die Einlegung von Widerspruch würde den größten Gefahren begegnen.

Schließlich bedarf die finanzielle Auswirkung des Verzichts auf das Mahnverfahren für die Staatskasse besonderer Beachtung. Hier käme ein ganz bedeutender Einnahmeverlust heraus. Die Bestrebungen auf Zuweisung des Mahnverfahrens an die Rechtsanwaltschaft scheitern aus staatsrechtlichen finanzieller Art. Der Schaden, den Handel und Industrie durch die Verschleppung des Mahnverfahrens erleiden, ist viel größer als die Handvoll Beamten dem Staate kosten, welche nötig sind, um die Zahlungsbefehle schneller hinauszubringen. In Sachsen wird mit der Aufhebung der Sperre der Laufbahn der mittleren Justizbeamten für März 1925 abgemelt, wodurch dem dezimierten Beamtenkörper neue Kräfte zugeführt werden können.

Befehlung der Bautätigkeit. Die Vorbereitungen für das kommende Baujahr sehen sehr schon ein. Die Bauherren übergeben bereits die Baupläne zur Genehmigung. Im November 1924 wurden nach der Statistik der „Baumwelt“ in denen Baunachweis neu angemeldet 2087 Wohnhäuser und 723 sonstige Bauvorhaben (Kirchen, Schulen, Krankenhäuser, gewerbliche Bauten, Brücken usw.). Eine Gegenüberstellung mit dem Vergleichsmonat des Vorjahres, des Novembers 1923, zeigt einen gewaltigen Zugang. Demals wurden 296 Wohnhäuser und 183 andre Bauten als gesamt gemeldet. (M.B.)

Das sächsische Aufräumungsprogramm der deutschen Volkspartei und seine Durchführung.

Die Zeit, Industrie- und Handelsblatt, Organ des deutschen Volksparteilers Dr. Stresemann, brachte am 24. Dezember einen Artikel über die sächsischen Sozialisten, in dem die Deutsche Volkspartei ihr Aufräumungsprogramm für Sachsen veröffentlichte. Den Sozialdemokraten in der Koalition wird in diesem Programm mit aller Deutlichkeit gesagt, was die Deutsche Volkspartei in der nächsten Zeit von ihnen verlangt, so daß sich jeder danach richten kann. Der Sinn des Programms ist folgender: Bisher hat die Deutsche Volkspartei ihren Einfluß in der sächsischen Koalition im wesentlichen durch die Beherrschung des Verwaltungsapparates geltend gemacht. Die Sozialdemokraten wurden aus den einflussreichen Verwaltungsstellen entfernt, Reaktionen wurden an ihre Stelle gesetzt. Auf diesem Wege kamen die Bürgerlichen schnell zu ihrem Ziel, zumal die Sozialdemokraten in der Regierung jede Forderung der Bürgerlichen erfüllten, und lieber sozialdemokratische Aufjassung, sozialdemokratische Beamte und die Interessen der breiten Masse der Bevölkerung opferten, als den Unwillen der bürgerlichen Koalitionsbrüder zu erregen.

Nachdem die Bürgerlichen unter der Führung der Deutschen Volkspartei erreicht haben, was sie mit Hilfe des Verwaltungsapparates erreichen konnten, gehen sie nun daran, die Gesetzgebung in ihrem Sinne umzugestalten. Wie diese Gesetzgebungsarbeit aussehen soll, das zeigt deutlich der Artikel in der Zeit, aus dem wir folgende Stelle zitieren:

Nachdem die häßlichen Klänge des letzten Wählerkampfes verhallen sind, wird wieder der Ruf innerhalb der sächsischen Sozialdemokratie offenbar werden, aber auch ganz deutlich Linien einer bedeutsamen Zukunftsentwicklung erkennbar. Die Gegensätze traten besonders scharf in den letzten Landtagsverhandlungen in der Erscheinung. Es muß doch als besonders bedeutsam festgehalten werden, daß ein Teil der Sozialdemokraten sich wirtschaftlich mit der Deutschen Volkspartei zusammenschließen konnte, oder mit anderen Worten, daß der größte Teil der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten wohl nicht zum ersten Male, aber noch nie mit einer solchen Klarheit politische Grundsätze und wirtschaftliche Notwendigkeiten zu trennen verstand. Man könnte es sogar als einen Vorgang von historischer Bedeutung bezeichnen, daß in den letzten Landtagsabhandlungen bei der Grund- und Gewerbesteuer die Rechtssozialisten nach wirtschaftlicher Erkenntnis rangen und die Engstirnigkeit ihrer radikalen Genossen mit einer Schärfe geißelten, wie es selbst bürgerliche Abgeordnete kaum schärfer hätten tun können. (Der Dank der Volkspartei für den Abgeordneten Beitzke. N. d. Z. B.) Wenn man will, so kann man wohl behaupten, daß die Mehrheitssozialisten wohl dort angelangt sind, wo die sogenannten freien Gewerkschaften vor dem Kriege Fuß zu fassen begannen, nämlich rein wirtschaftliche Ziele nicht durch politische Engstirnigkeit verwirren zu lassen. Noch stehen freilich die 23 heutigen Rechtssozialisten ziemlich allein, zumal sie auch noch nicht ernsthaft darauf ausgingen, für ihre neuen Ideen, für eine vernünftige Weltanschauung in der bisher sozialistisch orientierten Arbeiterschaft zu werden. Jedoch haben sie, wenn nicht alles täuschlich, schon einen starken Halt innerhalb der Gewerkschaften gefunden, die sich vor den Reichstagswahlen schon sehr energisch und sehr deutlich mit der Engstirnigkeit der radikalen Sozialdemokraten auseinandergesetzt haben, was alles Heil darin erblickten, daß an das negative Ende der Vorkriegszeit der negative Anfang der Gegenwart geknüpft werde. Die Gegensätze innerhalb der sächsischen Sozialdemokratie sind nicht mehr persönlicher oder tattischer, sondern sind schon grundsätzlicher Natur. So ist es auch kein Wunder, daß die radikalen Sozialisten, die noch immer den ganzen Parteiparat in der Hand haben, rückwärts mit dem Ausschluß nichtlebiger Rechtsler aus ihren Reihen beginnen und nach den letzten Steuerberatungen im Landtag auch den Schritt zu der rechten Seite der Fraktion vollzogen haben. Unzweifelhaft hebt sich als Führer für die staatsbürgerliche Entwicklung der Sozialdemokratie der Ministerpräsident Heldt heraus, dem man Charakter, Entschlossenheit und auch Entschlußfreudigkeit wohl

genug zutrauen kann, um das begonnene Werk zu Ende zu führen. Die Entwicklung aber geht nur schrittweise vor sich. Sie fängt, wenn nicht alles täuschlich, unter dem Druck der Verhältnisse sogar an, zwangsläufig zu werden. Schwere Kämpfe wird es freilich im neuen Jahre noch kosten, ehe die Rechtssozialisten aus dem Labyrinth des überlebten Marxismus vollständig hinausfinden; es ist auch durchaus wahrscheinlich, daß sie vor der letzten Konsequenz zurücktreten und in ihre alten Sünden zurückfallen. Wie dem aber auch sei, die Entscheidungen müssen bald reifen. Denn im neuen Jahre harren Probleme der Lösung, die klare Entschlüsse erzwingen: Aufhebung der Revolutionsfeierlage, Neuordnung der Grund- und Gewerbesteuer, Besteuerung der Konsumvereine, Reform der Volks- und höheren Schulen, Ausgliederung zwischen Kirche und Staat usw. müssen nicht bloß begonnen, sondern durchgeführt werden. Wie die endgültigen Entschlüsse fallen werden, läßt sich heute nicht voraussagen, da starke Zweifel nach den Erfahrungen der Vergangenheit nur allzu berechtigt sind. Jedenfalls wird das Jahr 1925 von grundlegenden Veränderungen für die zukünftige Entwicklung in Sachsen sein.

Bei diesem reaktionären Programm baut die Deutsche Volkspartei auf den Ruf in der Sozialdemokratie, sie rechnet im besonderen damit, daß Ministerpräsident Heldt „das begonnene Werk zu Ende führt“. Angesichts dieser Tatsache gewinnt die Meinung der bürgerlichen Presse über die Spaltung in der sächsischen Sozialdemokratie immer größere Bedeutung, zumal sich herausgestellt hat, daß die Behauptung, die sozialdemokratische Fraktionsminderheit habe beim Landtagspräsidenten ein eigenes Fraktionszimmer gefordert, von einem Mitglied der sozialdemokratischen Landtagsfraktionsmehrheit frei erstanden ist. Der Abgeordnete Franz aus Chemnitz hat diese Lüge aufgestellt und als Beweis dafür hat er einen Plan des Landtagsgebäudes vorgelegt, in dem das „Fraktionszimmer der sozialdemokratischen Fraktionsminderheit“ eingezeichnet war. Dieses Beweisstück hat der Abgeordnete Franz offenbar selbst herzustellen lassen, denn die Behauptung, die Fraktionsminderheit habe ein eigenes Fraktionszimmer verlangt, ist von A bis Z erlogen.

Es ist ein ungeheuerlich frevelhaftes Spiel, das hier mit der Sozialdemokratie zu dem Zwecke getrieben wird, vorerst und hemmungslos mit der Deutschen Volkspartei Koalitionspolitik treiben zu können.

In diesem Zusammenhang erhalten auch die Vorgänge im Landtag bei der Beratung der Steuerermäßigung für die Besitzenden ihr besonderes Gewicht: Am 11. Dezember beschloß die gesamte Landtagsfraktion, der Vorlage nicht zuzustimmen. Am nächsten Tage, also am 12. Dezember, erklärte der Demokrat Dr. Seyferth im Namen der Koalitionsparteien: Wir stimmen der Vorlage unverändert zu. Als Seyferth diese Erklärung abgab, sagte ein Genosse der Minderheit zu seinen Nachbarn, die der Fraktionsmehrheit angehören: „Da hört aber doch alles auf, die Fraktion hat doch gestern das Gegenteil beschlossen, fest ist der Beschluß ungeworfen worden, ohne daß wir etwas davon erfahren haben.“ Darauf antworteten die Genossen Langhork und Bittorf: Die Fraktionsmehrheit angehören: „Wir wissen auch nichts davon, daß der getriggerte Fraktionsbeschluß wieder aufgehoben worden ist.“

Dieses Beispiel zeigt, daß selbst bei so wichtigen Fragen, wie die Steuerermäßigung für die Besitzenden, die Dreißigzwanzig nicht gehört werden, sondern daß sie auf Befehl der Bürgerlichen entgegen dem vorher gefassten Fraktionsbeschluß stimmen mußten.

Bei dieser Sachlage wird es den Bürgerlichen sehr leicht fallen, das Programm der Deutschen Volkspartei durchzuführen. Die sächsische Arbeiterschaft wird sich also in der nächsten Zeit auf das Schlimmste gefaßt machen müssen.

Telegraphische Geldsendungen. Vom 1. Januar 1925 an tritt mit der Ermäßigung der Gebühren für telegraphische Aufträge des Geldverkehrs auch eine Vereinfachung des Verfahrens bei der Anlieferung von telegraphischen Postanweisungen und Zahlkarten ein. Für diese Sendungen wird ein besonderer Vordruck eingeführt, der die Postanweisung oder Zahlkarte und das Überweisungsprogramm vereinigt und der in den besonders gekennzeichneten Stellen vom Absender auszufüllen ist. Hierdurch fällt die zeitraubende Anfertigung der Überweisungsprogramme durch den annehmenden Postbeamten fort. Erläuterungen und Muster für die Anfertigung des Überweisungsprogramms befinden sich auf der Rückseite des Vordrucks, der zum Preise von 1 Pfg. für das Stück an den Postkellern veräußert ist. Nicht amtlich hergestellte Vordrucke sind unzulässig.

Anrechnung von Schuldverschreibungen auf die Deutsche Zwangsanleihe von 1922. Alle Zeichnungspflichtigen, die Zeichnungen auf die Deutsche Zwangsanleihe von 1922 bewirkt haben, können die hierfür auszureichenden Schuldverschreibungen bei der Annahmestelle, bei der die Zeichnung erfolgt ist, in Empfang nehmen.

Kentner, Fürsorgeempfänger, Erwerbslose, Kriegsbeschädigte usw. Ausgabe von Fleisch-Schweinefleisch (gute Qualität), Dienstag, den 23. und Mittwoch, den 31. Dezember 1924, ab 8 Uhr früh, im sächsischen Schlachthof. Das Pfund kostet 95 Pfg. Ausgabe vom 29. Dezember 1924 ab in der Gerberstraße 3 (Glasloftannde) in der Zeit von 8-12 Uhr vormittags: Wehl, 1 Pfd. 18 Pfg., Butter, 1 Pfd. 31 Pfg., Grieß, 1 Pfd. 20 Pfg., Rüböl, 2 Pfd. 25 Pfg., Viktoria-Erbsen, 1 Pfd. 15 Pfg., Bohnen, 1 Pfd. 25 Pfg., Linen, 1 Pfd. 25 Pfg., Margarine, 1 Pfd. 57 Pfg., Kaka, 1 Pfd. 70 Pfg. Verteilungsstelle für Minderbemittelte.

Pollzeimeldungen.

Ein raffinierter Betrug in Rastorbe. Am 17. d. M., vormittags zwischen 10 und 11 Uhr, hat ein Mechanikerlehrling im Auftrag seines Arbeitgebers beim Postkellernamt Rastorbe einen Scheck von 3000 Mark eingelöst. Nachdem ihm das Geld ausbezahlt worden war und er das Postkellernamt verlassen hatte, folgten ihm zwei unbekannte Mannspersonen, die Rückgabe des Geldes forderten, angeblich, weil der Scheck nicht in Ordnung sei. Der Lehrling gab das Geld auch heraus. Auf eine weitere Nachfrage bei der Post stellte sich der Betrug heraus. Die Täter werden beschreiben wie folgt: Der erste: etwa 35 bis 40 Jahre alt, 1,60 m groß, schlant mageres, blaues Gesicht, bartlos, trägt dunklen abgetragenen Anzug, dunkle Sportmütze, er machte den Eindruck eines Arbeiters. Der zweite: 20 bis 25 Jahre alt, 1,70 m groß, mittlere Figur, bartlos, halbpolliges Gesicht, trägt blaue Stoffmütze mit Lederknauf, auf der Mütze einzelne Buchstaben, die jedoch nicht mehr angegeben werden können, blaues Rod mit ungelackten Kränzen, Sporthose und Lederhandschuhen. Das Geld bestand aus 5 Bündeln à je 1000 Mark.

Diebstähle verschiedener Art. In den letzten Tagen wurden gemeldet: In der Plauenischen Straße von einem Bagen 2 Pakete mit 21 Blauen und 20 Zumpfen. In der Weststraße des Hauptbahnhofes 1 Paket mit 1 armenischen Wollschafwolle und 1 Koffer mit 1 armenischen Wollschafwolle, 1 Unterhose, 2 Hemden, 1 Schok, 1 Christbaum, zum Teil K. B. V. an der Schnittfläche gezeichnet, von einem verlassenen Handwagen mit abgenommen dunkelrotem Anstrich mit den Buchstaben E. K. an der linken Seite, etwa 12 Zentner Tragkraft. 10 Koffer von 10 Pfd. in der Größe 16 x 21 Zentimeter, dunkelbraun lackiert, verschiedene Kompositionen, aus einem Schaulaken an der Dresdener Straße. Aus einer Wohnung in der Papiermühlstraße in L. Stätters Kleidungsstücke, etwa 14 Bettlaken, 1 H. gezeichnet, und eine feingelochte goldene Kette. Aus einer Wohnung in der Pfaffenwöhrer Straße 1 Sealektrikmantel, 1 dunkelbraune Jacke, 1 mitler Krawatte, 1 Maulwurfskaol, 1 schwarzes Stoffkleid, 1 braunes Kleid, 1 weißes Kollum, 2 Bettbezüge, 2 Handtücher, 2 Stöcke, 1 H. gezeichnete Damenhemden, 1 Pelzjacke, 1 Lederkoffer, und 800 M. in Papier. Vor dem Hauptbahnhof ein 40 x 25 x 30 Zentimeter großer brauner Karton mit einem Film, beistellt eine von Blauen, im Werte von 800 M. Ein Koffer Leib-, Bett- und Tischwäsche, gezeichnet W. B., aus einer Wohnung.

Geldschatte in der Rastorbe. Durch Einbruch wurden in den letzten Tagen wieder aus Geldschaten gestohlen: 1 Sealfantischal, 1 Schal, 1 Mästa und 3 nordische Bildnis, 1 Blumenschal, 2 Hundetragen, alaskagefärbt, und Bargeld, 24 verschiedenefarbige Herrenhüte und 65 Paar Nappa-Sandhölche. In der Wyrner Straße 1 Smoking, 1 grauer Wollt, 1 2 Rauch- und Wadenhosen, 1 grüner Gummimantel, 1 Kinder- und 1 Blusenanzug. Auf dem Wege, den die Täter benutzt haben, wurde ein 17 mm großer vergoldeter Buchstabe, ein lateinisches „L“, eine Sicherheitsnadel und 1 Knopf gefunden. Diese Gegenstände kann der Täter dort verloren haben.

Aus Gärten wurden gestohlen. 3 kleine Kirschbäumchen (Schattentomelle) und zwar aus dem Schulgarten der 28. Volksschule, 2 Gohlis, Claudiusstraße, 1 fünfjähriger Pflaumenbaum in Stütz und aus einem Garten hinter der Blumenstraße L. Gohlis 4 Dühnen und 8 Kaninchen. Es kommen hier als Täter 3 junge Burken in Frage, die Gide auf dem Rücken trugen und sich von der Werdnerstraße nach der Hallischen Straße zu entfernt haben. Die vermutlichen Täter wurden am Sonnabend, dem 13. d. M., abends gegen 11 Uhr beobachtet. Angaben zur Sache erbitet die Kriminalpolizei. — Ferner sind in der Zeit zwischen dem 1. und 14. Dezember in einem Garten, der in einem Garten an der Weipzigerstraße in L. Großschlocher aufgestellt ist, eingebrochen, um Döner zu hehlen. Sie sind wohl kaum auf ihre Rechnung gekommen. Sie fanden nur eine Wabe mit Döner. Mit Bestimmtheit ist anzunehmen, daß die Diebe bei der Herausnahme der Wabe und der drei am Fußboden liegenden leeren Rahmen von den Bienen getötet sein werden. Wer in dieser Richtung Wahrnehmungen gemacht hat, teile seine Beobachtung der Kriminalpolizei mit.

Als schwindelhaftes Darleheninstitut ist die Volkspartei vor Niederland in Amsterdam, Singel 342, anzusprechen, die nach Mitteilung der Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelkriminalität in Berlin von dem bekannten Ernst Hilbert, geboren 9. März 1885 in Scheibenberg, gegründet wurde. Das besagte Unternehmen soll zwar durch Kauf in den Besitz eines Holländers übergegangen. Es jedoch bis zur vollständigen Bezahlung der Kaufsumme Teilhaber geblieben sein. Man lasse sich also mit dieser Firma nicht in Geldäftsverbindung ein.

Zum sächsischen Parteikonflikt.

Von Oskar Hoffmann, Elberfeld.

Die bürgerliche Presse verbreitete in den letzten Tagen eine Meldung, wonach sich in der sächsischen Sozialdemokratie eine Spaltung vollzogen haben soll. Daß diese Meldung unzutreffend, zeigt die Tatsache, daß inzwischen durch den Parteivorstand in Berlin eine Konferenz zur Beilegung des sächsischen Parteikonflikts stattgefunden hat mit dem Ergebnis, daß der Parteivorstand den Organisationsfragen ein formuliertes Einigungsvorschlag unterbreiten wird. Wie die Genossen im Reich interessiert sind an den Ursachen des sächsischen Parteikonflikts, um die Maßnahmen zur Beilegung zu prüfen, so die Gesamtheit an der Einheit der Partei, da diese die beste Gewähr für den Erfolg im Kampfe gegen die Reaktion bietet.

Seinerzeit schrieb der Soj. Parlamentsdienst: „Wer die Geschichte des Kabinetts Stresemann kennt, weiß, daß der Urheber der damaligen Kabinettskrisen kein anderer ist, als der jetzige Reichs-ansammler. Er bildete die Große Koalition nicht zu dem Zwecke, Deutschland wieder aufzubauen, sondern vor allem in der Absicht, die Sozialdemokratische Partei zu halten.“ Es war eine staatsrechtliche Aktion, die mit dem Einmarsch der Reichswehr in Sachsen erfolgte und zur Absetzung der Minister führte, was denn auch den Austritt unserer Genossen aus der Reichsregierung zur Folge hatte. Es war ein Vorstoß gegen die Deutsche Republik, der um so schlimmer war, als man die bürgerlichen Hochverräter ungeschoren ließ, nur das Kabinetts Zeigner verfassungswidrig befehlte, weil Zeigner die schwarze Reichswehr aufgedeckt hatte. —

Der reaktionäre Kurs war im Schwange. Stresemann war ein Reichstagsgegner der Republik. Die Initiative des Parteivorstandes zur Abwehr der Reaktion führte auch schließlich zu einer Regierungsbildung in Sachsen, dem sogenannten Kabinetts Heldt, das zur Zeit noch amtiert. Der Eintritt von Genossen in dieses

Kabinetts erfolgte ohne Zustimmung der Landesinstanzen der Partei.

Man ging ohne Programm, ohne Bindung in diese Regierung. Wie sie gewirkt, geht daraus hervor, daß mit Genugtuung der stinnesparteiliche Abgeordnete Billigmeister Bisher in der Sitzung am 20. März erklären konnte: „Das, was die Koalition in Sachsen bisher geleistet hat, kann sich sehen lassen.“ Die Reaktion hat die Verdrängung zuverlässiger demokratischer und sozialdemokratischer Republikaner aus politisch wichtigen Staatsämtern erreicht, auf sozial- und kulturpolitischem Gebiete die verheerendsten Erfolge zu verzeichnen. Die Rechtsprechung sieht zu einer schlimmen Klassenjustiz. Bei solchem Koalitions-Experiment konnte auch das Wirken sozialdemokratischer Minister nicht wesentlich sein, weil das politische Intrigenpiel der Reaktion Heis auf die Durchkreuzung republikanischer Politik abzielte. Selbst die demokratische Wölsche Zeitung schrieb zu dem Ergebnis dieser Koalitionsregierung:

„Ohne den sozialdemokratischen Ministern irgendwie den besten Willen abstreiten zu wollen, kommt man aber auch als Nichtsozialdemokrat nicht darum herum, ganz offen festzustellen, daß die Deutsche Volkspartei (und zwar der rechte Flügel) einen unbegründeten Einfluß in der Großen Koalition gehabt hat und noch hat. Von den sieben Ministerposten haben die Sozialdemokraten vier, die Volkspartei zwei und die Demokraten einen inne. Trotzdem ist tatsächlich die Stellung der Volkspartei führend. Das mag zum Teil daran liegen, daß die Rechtsparteien in den Ministerien sehr wertvolle und einflussreiche Kräfte haben. Es sei in dieser Hinsicht nur an die rechte Hand des Ministerpräsidenten, den Leiter der Staatskanzlei, Scheimrat Schulte, erinnert. Sicherlich ein tüchtiger Verwaltungsbeamter, aber ein noch tüchtigerer Sachwalter der Deutschen Volkspartei, deren Stadtverordneter und Verwaltungsrat er in Dresden ist. Die sächsischen Verhältnisse bedingen es, daß die Staatskanzlei als das wichtigste politische Organ angesehen werden muß. Der Staatskanzler hat politisch einen größeren Einfluß als anderer Minister. Es war daher ein großer Fehler, daß bei Bildung der Koalition Demokraten und Sozialdemokraten die Leitung der Staatskanzlei nicht in die Hände eines absolut zuverlässigen Republikaners gelegt haben. Als solcher kann Scheimrat Schulte nicht bezeichnet werden.“

Das Bestreben unserer sächsischen Partei ist darum sehr verständlich, Voraussetzungen zu schaffen für eine politisch republikanische und lokale Politik.

Das Zeigner-Kabinetts war eine sozialistisch-kommunistische Regierung, das im Parteivorstand als verfehlt betrachtet wurde, weil mit Leuten, die nur auf Befehl von Moskau handeln, eine Regierung zu bilden unmöglich sei. Aber wenn es geht, daß man genügend Erfahrungen mit den Kommunisten gemacht habe, so braucht doch das noch wenig politische reife deutsche Volk politischen Anschauungsunterricht und so mußte die sozialistische Hochburg in Sachsen das Regierungsexperiment mit den Kommunisten machen, und wenn der Einmarsch der Reichswehr nicht erfolgt wäre, hätte Genosse Zeigner selbst die Unfähigkeit und Anführerschaft der kommunistischen Ministertruppe vor aller Welt darzulegen. Sehr viele Arbeiter, die der SPD noch anhängen, haben nach den „Leitungen“ der kommunistischen Minister dieser den Rücken gefehert. Daß das Regierungsexperiment mit den Kommunisten nicht so verfehrt war,

bestätigt sogar das demokratische Leipziger Tageblatt, indem es am 8. Oktober 1923 in einem Artikel schrieb:

„Auf der einen Seite hat aber auch die Deutsche Demokratische Partei in Sachsen wie in Thüringen in den letzten Monaten nicht immer glücklich operiert und den Trennungspunkt zwischen sich und den Deutschnationalen nicht deutlich genug gezogen. Infolgedessen steht gegenwärtig in Mitteldeutschland die psychologische Voraussetzung für die Bildung der Großen Koalition, die auch hier und gerade hier das Ziel des politischen Strebens sein muß, und es blieb auch aus diesem Grunde für die Sozialdemokratie kein anderes Mittel zur Stärkung der parlamentarischen Regierungsgrundlage, als die Koalition mit den Kommunisten.“

Während das Zeigner-Kabinetts die einmütige Zustimmung der sächsischen Parteinstanzen gefunden, findet das über die Köpfe der Parteinstanzen hinweg zustandekommene Heldt-Kabinetts nur Widerstand. Dadurch, daß in Sachsen kreuzförmig wie in Ostpreußen „funktionelle Demokratie“ herrscht, bleibt die Partei intakt, besteht ein inniger Konnex zwischen den parlamentarischen Vertretern und der Partei; nur die, die sich darüber hinwegsetzen, stolieren sich. Und die, die Staatsnotwendigkeiten überspannen, vernachlässigen die Parteipolitik und schädigen damit die Republik, hemmen dessen lokale Gestaltung. Es ist nicht uninteressant, was Eduard Bernstein in einer Polemik über die Beteiligung sozialistischer Parteien an Koalitionsregierungen bereits im Jahre 1899 schrieb:

„Eine bürgerlich-radikale Regierung hätte keinen Tag Bestand und eine bürgerliche Demokraten und Sozialisten zusammengepackte Kompromissregierung würde praktisch nur bedeuten, daß entweder ein paar der ersten als Dekoration in eine sozialistische Regierung eingetreten wären, oder die Sozialdemokraten vor der bürgerlichen Demokratie die Segel gestrichen hätte. In einer revolutionären Epoche sicher eine ganz unwahrscheinliche Koalition.“

Nicht mit Unrecht weist die Leipziger Volkszeitung darauf hin, daß gerade in einer Periode des Gleichgewichts der gesellschaftlichen Kräfte es notwendig wäre, daß die Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien fortwährend fortgesetzt und durch die marxistische Einsicht in die Entwicklungsbedingungen der Ökonomie bestimmt und geleitet wird. Die Sozialdemokratische Partei wird, wenn sie stets aktiv ist, innerhalb und außerhalb der Regierung führend in der Politik sein!

Der sächsische Parteikonflikt war auf dem letzten Reichsparteitag durch eine einmütige Erklärung beigelegt worden, deren Hauptpunkt heißt: Höher als alle Parteien und Richtungen der Koalitionspolitik und einer Koalitionsregierung steht uns die Einheit der Partei! Aber durch die politische Desolator der sächsischen Ministergenossen wurde der vorhandene Gegensatz in der Partei noch verschärft, besonders durch Nichtachtung der Beschlüsse der sächsischen Landesinstanzen. Daraus resultiert auch, daß es nicht zur Auflösung des sächsischen Landtages kam, daß diese Wahlen gleichzeitig mit den Reichstagswahlen stattfinden konnten. Mit Recht wurde dies als Misslingen bezeichnet, was dann zu Ausschlußanträgen gegen die betreffenden Genossen führte. Verfehrt wurde der Konflikt noch durch die unqualifizierte Heldtsche Wölsche, die bezeichnenderweise eine entsprechende Antwort ausblieb. Diese war

Schärfste Situation führte zulezt auch zu einem getrennten Vor- gehen der Fraktionsmehrheit wie -minderheit im Plenum des Land- tags, woraus die Stimmstimm schon schloß, daß eine Spaltung der Partei erfolgt sei.

Im Interesse der Partei war es notwendig, daß der Partei- vorstand auf einen Ausgleich drängte, um die Parteieinheit und Geschlossenheit zu erhalten. Daß bei der verschärften Situation die Verteidigung für einen Ausgleich erschwert ist, ist erklärlich. Und doch muß es möglich sein, jedoch nur unter Wahrung der De- mokratie in der Partei. Wenn darauf hingewiesen wird, daß die Reichsdemokratie über der partikularen Demokratie stehe, so ist das richtig, aber dieser Einwurf hat doch nur Sinn, wenn ein Beschluß des Reichsparteitages verfehlt ist. Das trifft doch bei dem schärfsten Parteikonflikt nicht zu. Der Parteivorstand hatte die Absicht, auf die Ausführung des diesbezüglichen Beschlusses des Landestage- tages zu drängen. Für die sächsischen Ministergenossen, die keinen Einspruch gegen den einmütigen Beschluß des Landestage- tages erhoben, also auch zugestimmt hatten, waren nachher nicht die Man- datfrage, sondern politische Gründe maßgebend, es nicht zur Land- tagsausführung kommen zu lassen, und so wurde der Beschluß des Landestage- tages abermals ignoriert. Der Grundgedanke der Demo- kratie darf in der Partei nicht verfehlt werden. Aus politischen Gründen müssen wir vielmehr überal zur sogenannten „funk- tionellen Demokratie“ kommen. Je mehr wir parlamentarisch und außerparlamentarisch aktiv sind, um so größer wird der politische Erfolg sein, um so weniger wird ein Rückschlag der Partei ein- treten. Wenn es auch das Ziel ist, die Landespolitik mit der Reichs- politik in Einklang zu bringen, so kann doch nicht verhindert werden, daß sich der Fortschritt von unten auf breitmacht und die Landes- und Reichspolitik befruchtet.

Wie der Kompromißvorschlag des Parteivorstandes an die sächsischen Partei als Ausgleich der Gegensätze aussehen wird, ist noch nicht bekannt. Zu wünschen wäre es, daß es zu einer Verständigung kommt, die im Interesse der Gesamtpartei liegt. Somit wird es dahin kommen, daß schließlich Parteiauswuchs und Sachkommissionen zusammenberufen werden, die dann bis zum nächsten Reichspartei- tag eine Entscheidung fällen werden. Die Einheit der Partei geht über alles! Die Vertreter der sächsischen Partei haben dafür schon viele Beweise geliefert. Man darf doch auch von der anderen Seite endlich erwarten, daß sie sich in den Rahmen der Partei einfügen und dem Beschluß des Reichsparteitages Rechnung tragen und Be- schlüsse eines Landestage- tages als bindend anerkennen. Der Plan von Stresemann und Genossen, die Sozialdemokratische Partei zu spalten, muß nach jeder Richtung durchkreuzt werden. Die Genossen im Reich müssen aus den sächsischen Vorgängen lernen und einen innigen Konnex mit den Parlamentarierfraktionen schaffen. Dann werden auch Fehler vermieden, die Partei weiter erstarken und neue Erfolge für das Volk erringen!

Sächsische Angelegenheiten.

Ausschluß der Disziplindreher.

Aus Dresden wird berichtet: „Der Bezirksvorstand der SPD. Ostschlesien kam in seiner letzten Sitzung nach längerer Diskussion und nach genauer Prüfung der Rechtslage und in Anbetracht der politischen und organisatorischen Notwendigkeit, Disziplin und De- mokratie in der Partei hochzuhalten, zu dem Beschluß, mit 25 gegen 4 Stimmen die in Ostschlesien wohnenden Landtagsabgeordneten, die sich dem Parteibeschluß nicht gefügt haben, aus der Partei auszu- schließen. Es sind dies die Abgeordneten Bethke, Eva Böttner, Caspar, Oskar Günther, Goldner, Kühn, Schembor, Wölfel, Winkler und Wirth.“

Gegen den Abgeordneten Bethke war schon in einem anderen Verfahren auf Ausschluß aus der Partei erkannt worden. In jenem Verfahren handelte es sich um den Vorwurf einer ehrlosen Hand- lung, wegen der der Ausschluß erfolgte.

Der Ausschluß der Disziplindreher ist die einzige Möglichkeit, den Willen der Mitglieder, das heißt die Demokratie in der Partei durchzuführen. Es ist einfach unerträglich, daß eine Anzahl von Leuten, die auf den Schultern der Mitglieder emporgehoben sind, diesen Mitgliedern dauernd auf der Nase herumtanzen. Bei dem Ausschluß der Disziplindreher muß scharf darauf hingewiesen werden, daß es sich nicht um eine Entscheidung über verschiedene poli- tische Meinungen handelt, sondern um eine organisatorische Maß- regel gegen Leute, die nunmehr seit Jahr und Tag den Willen der Parteimitglieder verhöhnen und die Gesetze der Partei zertampeln haben. Die Disziplindreher haben das Vertrauen der sozialdemo- kratischen Arbeiterschaft verloren, dafür haben sie das Vertrauen der Klassenfeinde des Proletariats bis zu den Deutschnationalen ge- wonnen. Ihre skandalösen Verhalten war parteischädigend im höch- sten Grade, deshalb ist ihr Ausschluß aus der Partei nur zu be- rechtigt.

§ 193 und die Presse.

Vor der Strafkammer des Landgerichts Chemnitz hat vor einigen Tagen ein Prozeß stattgefunden, der Beachtung verdient. Im September v. J. hatte der Chemnitzer Kreisshauptmann Markus als Demobilisationskommissar einen Schiedspruch für gültig er- klärt, der den Metallarbeitern eine nach Ansicht der Unternehmer viel zu hohe Lohnerhöhung zubilligte. Daraufhin hatte der Spon- ditus der Chemnitzer Metallindustrie, ein Dr. Krumbiegel, in zwei

Chemnitzer Zeitungen einen Artikel erschießen lassen unter der Überschrift: Wer labortiert die Arbeiterschaft in Chemnitz und warf dem Demobilisationskommissar Genossen Markus Verhän- dnislosigkeit für wirtschaftliche Dinge vor. In der ersten Instanz wurde Dr. Krumbiegel freigesprochen, weil ihm der Schutz des § 193, Wahrung berechtigter Interessen, zugebilligt wurde. Die Redak- teure hatten je 100 Mk. Strafe erhalten. Gegen dieses Urteil legten sowohl die Redakteure wie die Staatsanwaltschaft Berufung ein. Von der Strafkammer des Chemnitzer Landgerichts wurden nun alle drei Angeklagten freigesprochen. In der Urteilsbegründung wurde gesagt, nicht nur Dr. Krumbiegel, sondern auch den Redak- teuren sei der Schutz des § 193 zu gewähren, weil durch die Ver- bindlichkeitsklärung des Schiedspruches letzten Endes auch die eigenen Betriebe (Zeitungsbetriebe) geschädigt würden, da, wie die beklagten Redakteure ausführen, die Metallarbeiter die Schritt- macher aller Arbeiterkategorien wären.

Es ist also hier der Presse der Schutz des § 193 zugebilligt worden, der ihr gewöhnlich verweigert wird. Allerdings hat auch in diesem Falle das Gericht der Presse diesen Schutz zugebilligt, weil die Öffentlichkeit an den hier gemachten Mitteilungen ein Interesse hat, aber das Gericht hat angenommen, daß besonderes Interesse der Redakteure in Frage komme. Aber ein derartiges Interesse der Redakteure läßt sich auch in vielen andern Fällen geltend machen, noch mit viel größerem Recht als in dem Chem- nitzer Fall. Wenn z. B. einem Unternehmer wegen schlechter Be- zahlung seiner Arbeiter Vorwürfe gemacht werden kann gesagt werden, daß die Redakteure ein persönliches Interesse an der Ab- stellung solcher Mißstände hätten, weil auch sie Arbeitnehmer wären und die schlechte Bezahlung von Arbeitern eines andern Wirt- schaftszweiges dazu führen könnte, daß auch die Redakteure in ihrer Eigenschaft als Arbeitnehmer geschädigt würden, oder wenn einem Beamten Vorwürfe wegen schlechter Behandlung des Publikums ge- macht werden, kann man sagen, daß auch die Redakteure mit ein Interesse daran hätten, gegen Ausschreitungen und Vergehen eines Beamten geschützt zu werden. Mit einigen guten Willen dürfte sich also auch in andern Fällen feststellen lassen, daß die Redakteure ein persönliches Interesse an der Veröffentlichung eines Artikels gehabt haben und daß ihnen deshalb der Schutz des § 193 zugebilligt werden müßte. Wir möchten wünschen, daß auch in Prozessen gegen sozialdemokratische Redakteure sich die Gerichte bei Anwendung des § 193 ebenso weitherzig zeigten wie im vorliegenden Falle. Somit könnte leicht der Verdacht entstehen, daß in dem Chemnitzer Falle der § 193 nur deswegen den Angeklagten zugute gekommen ist, weil der Beschuldigte ein sozialdemokratischer Beamter, die angeklagten Redakteure aber gutbürgerliche Leute waren.

Dippoldiswalde. Autounfall. Ein mit vier Personen be- setztes Auto fuhr nachts von Wälsch kommend kurz nach der Tal- sperrenbrücke im schnellen Zeitmaß zu scharf links. Der Wagen stieß dabei an das Geländer und einen Strauchbaum. Die Insassen wur- den herausgeschleudert und leicht verletzt, die Tochter des Bildhauers Gömmer wurde schwer verletzt und starb kurz darauf.

Böbau. Explosion. Auf dem Fußsteig in der Zahnstraße war ein Gasrohrbruch eingetreten. Die vom Gaswerk dahin ent- sandenen Leute untersuchten die Ursache im Keller. Der Zufall wollte es, daß in diesem Augenblicke in einem Zimmer der in diesem Hause untergebrachten Handelsmühlengemeinschaft ein Ofen explo- dierte. Darauf entzündete sich auch das im Keller austretende Gas mit lautem Knall. Die Männer wurden gegen die Türe geschleudert, die Dienen in den Räumen der Handelsmühlengemeinschaft aus den Nägeln gerissen und hochgehoben, die Möbel umgeworfen, die Korridordüren eingebrochen, gegen 20 Fensterscheiben zerschmettert. Wie durch ein Wunder sind Menschen dabei nicht zu Schaden ge- kommen, dagegen ist der Materialschaden groß.

Melken. Einspruch gegen die unentgeltliche Totenbestattung. Gegen die Durchführung der von den Stadt- vorordneten beschlossenen unentgeltlichen Totenbestattungen hat Bür- germeister Dr. H. als Finanzabgeordneter Einspruch erhoben. Der Rat hat sich wegen des vorhandenen Fehlbetrages von 305 000 Mk. dem Einspruch angeschlossen. Die Stadtverordneten haben sich nunmehr noch einmal mit der Angelegenheit zu beschäftigen.

Limbach. Eine kirmische Stadtvorordneten- scheidung. In der letzten Stadtvorordnungsung kam es wegen der Auszahlung von Unterstützungsgebern an bedürftige Limbacher Ein- wohner zu äußerst erregten Auseinandersetzungen zwischen dem kom- munistischen Stadtvorordneten Granz und Angehörigen der Rechts- parteien, nachdem Granz gegen den Bürgermeister Brunner Vor- würfe erhoben hatte, die von den bürgerlichen Stadtvorordneten zurückgewiesen wurden. Der Rärm wurde so groß, daß sich der Vor- sitzer zur Schließung der Sitzung veranlaßt sah.

Mittweida. Ein schwerer Raubüberfall. Am Tage vor Weihnachten, mittags 12 Uhr, wurde auf der Straße nach Weins- dorf ein Buchhalter, der 1100 Mk. Lohngehälter bei sich hatte, über- fallen. seiner Alttasche beraubt und eine ziemlich heile Wöschung hinstückelt. Der Täter, ein 22 Jahre alter Steinarbeiter, konnte am 2. Weihnachtstierstage verhaftet werden. Das Geld wurde nicht bei ihm gefunden.

Aus der Umgebung.

Rötha. Tödlicher Unfall. Am Mittwoch kam in der hiesigen Rauchwarenfabrik von Albrecht u. Schiewid der Lehrling Wessing beim Auflegen eines Treibriemens auf die im Gang befindliche Transmission dem Getriebe zu nahe und trug schwere Armbrüche und innere Verletzungen davon. Der Be- dauernswerte Unfall auf dem Transport nach dem Zwenkauer Kran- kenhause seinen Verletzungen. Die Schuld an dem Unfall trifft den Berufungsläden selbst, der trotz der Warnung eines Arbeitstollegen, abzuwarten, bis abgestellt sei, die Arbeit vornahm.

Denna, Todessturz. In den Leinwandwerken hängte der Ar- beiter Paul Drelich aus Halle vom Gerüst und zog sich hierbei so schwere Verletzungen zu, daß er an den Folgen starb. Der Ver- unglückte war verheiratet und erst 24 Jahre alt.

Berichtsaal.

Schöffengericht.

Unterschlagung von Mutterkollektionen. Spezialisten auf diesem Gebiete schienen der Reisende Heinrich W. und sein Komplize Erich D. beide aus Berlin, beide wegen Urkundenfälschung, Unterschlagung und Diebstahl vorbestraft, zu sein. Am 21. Februar 1923 unterschlug W. einer Firma in Halle a. d. Saale eine Mutterkollektion im Werte von 524 Mark. Gleichzeitig lieferte er für die gleiche Firma in un- berechtigter Weise Beträge in Höhe von 470 Mark und verwendete das Geld für sich. Am 22. August 1924 gelang es ihm durch Täuschung einer Leipziger Firma Kompilizen im Werte von 320 Mark zu er- halten. Zu gleicher Zeit täuschte er eine Angehörige eines hiesigen Textilwarengeschäftes, indem er sich für eine hiesige Firma mehrere Konfektionsstücke als Mutter ausbot und damit verhandelte. Die Firma wurde dadurch um 327 Mark geschädigt. Der Wittangeklagte W. leistete dem W. Beihilfe. Das Gericht verurteilte W. zu drei Monaten und D. zu sechs Wochen Gefängnis.

Warnung vor Straßenspektakeln. Vor dem hiesigen Schöffen- gericht hatten sich der reisende Photograph F. aus Leipzig und dessen Ehefrau wegen Verleumdung hiesiger Tathäuser und verletzten Be- trags zu verantworten. Der Herrmann, der im Lande umherreiste, ließ sich von den Bekleuten Vorderansichten geben und verlor ihnen die bestellten Bilder in kürzester Frist, drei bis fünf Tage, zu Meiern. Gewöhnlich ließ sich F. zweidrittel des Preises als Vorhauk geben, während er jedoch eine Verleumdung nicht einleitete. Oder er schickte Bilder, die alles andere waren, als die bestellten. So schickte er einem Künstler, der sich mit seinem Fuhrwerk bei Döbeln photo- graphieren ließ, Bilder vom Leisnauer Wäldchen und verlor dabei fünf bis sechs solche Sendungen waren unter Radnahme verlohrt worden. Die Angeklagten begründeten ihr Gebahren damit, daß sie auf diese Weise den Reibetrag bekommen wollten. Später hätten sie dann die richtigen Bilder geschickt. Wenn die Verleumdung verurteilt worden sei, so läge dies an den bedrückten Wohnungsverhältnissen. Der Angeklagte überließ die Entwicklung und den Versand seiner Frau. Diese erklärte, daß sie die Bilder nicht immer habe entwickeln und versenden können, da ihr die Mittel dazu fehlten. Das Ger. ist sprach den Angeklagten 1 r. e., während die Ehefrau zu sechs Mark Geldstrafe verurteilt wurde.

Sportkartell.

Bezirks-Trommler- und Fellektorps. Sonntag, den 4. Januar, vormittags 10 Uhr im Golenichöhden. Euthisch Bezirkslehr- kunde Jeder Verein muß vertreten sein. Fragebogen bis 5. Jan. einleiden.

Sonntag, den 18. Januar, vormittags 10 Uhr, im Volkshaus, Wettreitag: Tagesordnung: 1. Vortrag Referent Genosse Baum- garte 2. Bericht 3. Jahresveranstaltungen 4. Vorträge 5. Neu- wahl 6. Bezirksangelegenheiten 7. Verschiedenes. Die Vertreter werden ersucht, um 9 Uhr zur Stelle zu sein. Anträge sind bis 10. Januar an den Bezirks-Obmann zu senden. Der Bezirks-Vorstand, J. A. S. Jaenicke.

L.-Gohlis. Turnverein L.-Nord. Freitag, 9. Januar, abends 7 Uhr, im Nidau-Ausschaut General-Versammlung. Anträge hierzu müssen bis 8. Januar beim Vorsitzenden eingeleitet sein. Der Vorstand.

Berein f. Leibesübungs „Süd-Ost“ e. V. Leipzig. Mittwoch, den 14. Januar, abends 7 Uhr General-Versammlung im Löwenpark, Stötteritz

Für die Abteilung Thonberg: Sonnabend, 3. Januar abends 7 Uhr Haupt-Versammlung bei Quasdorf.
Für die beiden Sportabteilungen: Dienstag 6. Januar, abends 7 Uhr Versammlung bei Quasdorf.
Für beide Turnerklassenabteilungen: Donnerstag, 8. Januar, abends 7 Uhr Versammlung im Vereinshaus. Erscheinen aller ist Pflicht. Der Vorstand.

Rundfunkprogramm.

Leipzig.

Montag, den 29. Dezember 1924. Wirtschaftsrundfunk 12 Uhr, 4 Uhr, 8 Uhr; Wirtschaftsnachrichten für Handel u. Landwirtschaft; Unterhaltungsrundfunk 12 Uhr; Mittagsmusik 12.55 Uhr; neuerer Zeitschriften, 1 Uhr; Börsen- u. Pressebericht, 4.30-5.30 Uhr; Konzert der Hauskapelle, 7-7.30 Uhr; Vortrag Max Kohle: „Etwas über Gefühlsgehalt“, 7.30-8 Uhr; Hadschells Sportvortrag V. Abend, Antisepischer Fuhrmann: „Die Einheit der Verleibungen“, II. Teil, 8.15 Uhr; Konzert der Kapelle des III. Bataillon (Sächs.) Infanterie- Regts. Leipzig, Leitung: Obermusikmeister Hier 1. Armeemarsch 224 (Großherzog Friedrich von Baden) 2. Armeemarsch 243 (Der Jäger aus Kurpfalz) 3. Overtüre zur Oper „Deron“ von Weber, 4. Armeemarsch 239 (Marsch der Freiwilligen Jäger) 5. Armeemarsch 9 (Marsch von Braunshorn), 6. Ungarische Rhapsodie Nr. 1 von Liszt, 7. Phantasie aus der Oper „Die Walküre“ von W. ver 8. Parade- und des ehemaligen III. Bataillon 9. Zum Städte- und hinc aus: Marsch von Meißner. Anschließend (etwa 9.30 Uhr) Pressebe- richt und Hadschells Sportfunkdienst, 10-11 Uhr: Funk-Breit-

Dienstag, den 30. Dezember 1924. Wirtschaftsrundfunk 12 Uhr, 4 Uhr, 8 Uhr; Wirtschaftsnachrichten für Handel u. Landwirtschaft; Unterhaltungsrundfunk 12 Uhr; Mittagsmusik 12.55 Uhr; neuerer Zeitschriften, 1 Uhr; Börsen- und Pressebericht, 4.30-5.30 Uhr; Konzert der Hauskapelle, 7-7.30 Uhr; Vortrag Dr. Adler: „Die Bedeutung des Welleweins für die Volks- und Privatwirt- schaft“, 7.30 Uhr; Dresdner Abend. (In diesem Abend wird der Mitteldeutsche Sender von Dresden aus mittels Fernleitung be- sprachten 7.30-8 Uhr Vortrag von Hofrat Prof. Oskar Genffert, Leiter des Museums für sächsische Volkskunst: „Kind u. Volkstüm- (Seltene Betrachtungen). 8.15 Uhr: Sendung: Streichquartett B-Dur, op. 78, ausgeführt vom Dresdner Streichquartett, 8.45 Uhr: Vortrag von Dr. Felix Zimmermann, Schriftleiter der Dresdner Nach- richten, über: „Sächsische Literaturgeschichte“, 9.15 Uhr: Mozart: Streichquartett C-Dur, ausgeführt vom Dresdner Streichquartett. Anst. (etwa 9.30 Uhr) Pressebericht u. Hadschells Sportfunkdienst.

Doppelkophörer  sind die besten

Strickgarne
Woll- u. Webwaren aller Art
kaufen Sie zu wirklich vorteilhaften Preisen bei
Pohl, Leipzig
Sophienstr. 36. - Kein Laden!
Händler und Hausierer verlangen Sonderpreise!

Familien-Nachrichten
Die Einäscherung unseres lieben Verstorbenen
Max Zahn
findet am Dienstag, d. 30. d. Mts. nachm. 2 Uhr 30 Min. auf dem Süd- friedhof statt.
L. Zahn.

Am 27. Dezember 1924 verstarb unser alter Parteigenosse und Funktionär
Max Zahn
Wir werden sein Andenken ehren
Die Parteigenossen von Schönefeld.
Zur Einäscherung treffen sich die Parteigenossinnen und -genossen um 2 Uhr am Krematorium.

Linden-Bad
Lind., Gutsmuthsstr. 27
Sämtliche Bäder
Geöffnet: Wochentags v. vorm. 9 Uhr bis 7 Uhr abends. Sonntags 8-12 Uhr.
Leser der Volkszeitung
besucht auch bei Glanzzeiten auf die Salzwasser in seiner Zeitung

Für die reichen und ehrenvollen Beweise beim Hinscheiden unseres lieben Sohnes, Bruders und Vaters
Paul Kadner
lagen wir allen unseren aufrichtigen Dank! Vor allem unseren Verwandten, Bekannten u. Bewohnern der Häuser Strohsack 2 und Kirch- bergstr. 51 sowie Herrn Redner Wenzel für die frohen Worte und dem Frauencorps aus Leipzig-Wiederau. Ruhe laßt in deinem süßen Grab!
Leipzig-Möckern, 28. 12. 24.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Am 27. Dezember 1924 verschied nach schwerer Krankheit unser Mitarbeiter, der Bäcker
Max Zahn
Der Verstorbene war 28 Jahre in unserer Ge- osenschaft tätig und hat durch treue Pflöht- rüstung sowie sein lebenswürdiges Wesen sich nützliche Hochachtung erworben. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren
Leipzig-Plagwitz, den 29. Dezember 1924
Die Gesamtverwaltung und das Personal des Konsumvereins L.-Plagwitz u. Umg.
E. G. m. b. H.

Von langer Krankheit, die sie mit bewundernswürdiger Geduld ertrug, erlöste der Tod am Sonntagmorgen meine liebe, gute Gattin, unsere liebe Tochter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin und Tante
Frau Gertrud Dorn geb. Bitter
Wir unsere liebe Verstorbene gekannt, möge ihr ein stilles Gedenken bewahren.
Leipzig, Südstraße 61
Otto Dorn nebst Hinterbliebenen.
Einäscherung am 31. Dezember, vorm. 1/2 11 Uhr, auf dem Südfriedhof - Der Verstorbene zugeordnete Blumenpenden bitten in der Bestattungsanstalt Urne, Südstraße 125 (am Kreuz), niederzulegen.

Am 2. Feiertag, 9 Uhr abends, entschlief sanft nach langem schwerem Leiden unsere liebe herzensgute Tochter und Schwester, Schwägerin und Tante
Elisabeth Eisold
im blühenden Alter von 20 Jahren.
Dies zeigen hierdurch tieferbetrübt an
Leipzig-Connewitz, Frohburger Straße 37
Familie E. Eisold.
Die Beerdigung findet Dienstag, 30. Dezember, nachmittags 1/2 4 Uhr, auf dem Connewitzer Friedhof statt.

Volkswirtschaftliches.

Der deutsche Außenhandel im November 1924.

405 Mill. RM. Passivität gegen 244 Mill. im Oktober. Seit nahezu zwei Jahren ist im November zum ersten Male wieder, nachdem am 22. Oktober d. J. sämtliche Zollstellen des besetzten Gebietes wieder in deutsche Verwaltung übernommen worden sind, aus dem gesamten deutschen Wirtschaftsgebiet statistisches Material angefallen und zur Verarbeitung gekommen.

Einfuhr

Table with 4 columns: Warengruppen, nach Gegenwärtigen in 1000 RM, Nov., Okt., Jan.-Nov. Rows include Lebende Tiere, Lebensmittel und Getränke, Rohstoffe, Halbfertige Waren, Fertige Waren, Gold und Silber.

Ausfuhr

Table with 4 columns: Warengruppe, nach Gegenwärtigen in 1000 RM, Nov., Okt., Jan.-Nov. Rows include Lebende Tiere, Lebensmittel und Getränke, Rohstoffe, Halbfertige Waren, Fertige Waren, Gold und Silber.

Bei der Einfuhr ist im November gegenüber dem Vormonat eine weitere erhebliche Steigerung (um 192,7 Millionen RM.) festzustellen. Auch die Ausfuhr zeigt eine Zunahme (um 31,6 Mill. RM.). Die Einfuhr übersteigt im Novbr. nominal den Monatsdurchschnitt 1913 (933,8 Mill. RM.); auf Grund der Vorkriegswerte beträgt sie 60,5 v. H. des Monatsdurchschnitts 1913.

Die Entwicklung unseres Außenhandels weist ein geradezu trostloses Bild auf. Wenn auch die Ausfuhr eine Zunahme zu verzeichnen hat, so ist sie doch so minimal, daß sie gegenüber der ungeheuren Steigerung der Einfuhr gar nicht ins Gewicht fällt.

Die französische Handelsbilanz. In den ersten 11 Monaten des laufenden Jahres betrug der Wert der gesamten Einfuhr nach Frankreich 32 277 470 000 Frank gegen 26 018 513 000 Frank in der gleichen Periode des Vorjahres.

Die französische Handelsbilanz hat sich also gegen das Vorjahr verbessert, während die deutsche Bilanz sich zunehmend verschlechtert.

Der amerikanische Außenhandel betrug im November in der Ausfuhr 494 Millionen Dollar (im Oktober 527 Millionen) und in der Einfuhr 276,96 Millionen Dollar (gegen 310 Mill. Dollar im Vormonat).

Fritz Thyssen über die Verhandlungen der internationalen Schwereisenindustriellen.

Aus Bochum wird gemeldet: Fritz Thyssen übermittelte einem ausländischen Korrespondenten folgende Mitteilungen über die Pariser Besprechungen der deutsch-belgischen Eisen- und Stahlindustriellen: Von der Bildung eines internationalen Stahltrusts könne keine Rede sein. Eine solche Organisation ist vorläufig noch ein Phantom.

Natürlich darf man die Lage der deutschen Schwereisenindustrie nicht so trübselig nehmen, wie sie Thyssen jun. schildert. Mit der Forderung nach Schutzzöllen ist es der deutschen Schwereisenindustrie natürlich voller Ernst.

SPD. Die vor Weihnachten stattgefundenen Verhandlungen über den Ausbau der Rohstahlgemeinschaft haben schwerwiegende Differenzen zwischen den Kontrahenten ergeben.

werden, da bedeutende Werke, z. B. Gelsenkirchen und Carlsberg überhaup nicht an den Verhandlungen teilgenommen haben.

(Inf.) Die Lebensmittelpreise in Frankreich. Die allgemeine Statistik Frankreichs, eine dem Arbeits- und Gesundheitsministerium angegliederte Abteilung, gab dieser Tage bekannt, daß die Detailpreise in Paris, auf einer Basis von 100 im Monat Juli 1914 berechnet, sich für Ende November 1924 auf 396 belaufen.

Russische Autoaufträge nach Frankreich. Nach einer Meldung der Russischen Telegraphenagentur ist die Delegation der Moskauer Sowjets, die die kommunalen Wirtschaftseinrichtungen in Berlin, London und Paris studiert hat, nach Moskau zurückgekehrt.

Gewerkschaftsbewegung.

Befehlen noch die Bestimmungen des § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuches?

Der Landarbeiter Kopitz in Anauandorf, der auf dem Rittergut Anauandorf, Lt. Gut Anauandorf, das seit mehreren Jahren von einem Herrn Robert Wagner als Pächter bewirtschaftet wird, beschäftigt war, ist dadurch erblindet, daß eine von ihm bediente, sehr schadhafte Kalfspritzmaschine explodierte und die Kalfmelasse ihm ins Gesicht gesprüht wurde.

Der § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuches bestimmt, daß der Dienstherr Vorrichtungen oder Gerätschaften, die er zur Verrichtung der Dienste zu beschaffen hat, so einzurichten und zu unterhalten und Dienstleistungen, die unter seiner Anleitung vorzunehmen sind, so zu regeln hat, daß der Verpflichtete (also der Arbeiter) gegen Gefahr für Leben und Gesundheit geschützt ist.

Die Bestimmungen des Bürgerlichen Rechts sind durch Gesetz noch nicht aufgehoben; die Rechtsprechung steht aber auf dem Standpunkt, daß sie durch die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung als aufgehoben zu betrachten sind, wenn ein Betriebsunfall vorliegt (Reichsgerichtsentcheidung 84—126).

Die Berufung konnte, weil K. Unfallrente erhält, nur darauf gestützt werden, daß Wagner bzw. sein Beauftragter den Schaden ersetzen müssen, der K. durch die verspätete Hilfe erwachsen ist. Das Oberlandesgericht Dresden ist auf Grund einer Entscheidung des Reichsversicherungsamtes zu der Ansicht gelangt, daß durch die niedrige Unfallrente alle Ansprüche des Verletzten abgegolten seien.

Der § 823 des Bürgerlichen Gesetzbuches bestimmt, daß derjenige, der die Gesundheit eines andern fahrlässig verletzt, zum Ersatz des daraus entstandenen Schadens verpflichtet ist. Daher ist es nach dem Verhalten des Herrn Wagner und seiner Beauftragten für den Laien nicht recht verständlich, daß durch die Unfallrente aller Schaden abgegolten sein soll.

Die Gerichtskosten haben einflüchtvolle Menschen dem K. vorgeschossen, damit er seinen Rechtsanwalt beim Reichsgericht wenigstens zum Teil bezahlen kann.

Die Familie des Kopitz findet sich infolge des christlichen Verhaltens des Herrn Wagner in großer Not. K. kann selbst keine Mittel zur Bezahlung des Rechtsanwalts beschaffen.

wählten Bestimmungen des angezogenen Paragraphens der Reichsversicherungsordnung hat kein Arbeitgeber mehr nötig, sich um die Bestimmungen des § 618 zu kümmern; passiert ein Unfall und der Arbeiter erleidet Schaden, so erhält er eine Unfallrente und damit ist alles erledigt.

Gefährliche Spannung im Ruhrbergbau.

Vor neuen Arbeitszeitkämpfen.

SPD Bochum, 28. Dezember.

Die wochenlange Lohnbewegung im Ruhrbergbau ist durch die Verbindlichkeitsklärung des Zwangsrichterspruches den Arbeitgebern wie Arbeitnehmer abgelehnt hatten zunächst zum Stillstand gekommen. Eine Beruhigung hat diese Lösung jedoch nicht gebracht.

Ende Februar läuft das Ueberarbeitszeitabkommen in der Metallindustrie ab. Es liegt durchaus im Bereich der Möglichkeit, daß im gemeinsamen Kampf die beiden großen Arbeitergruppen des Industriegebietes die Arbeitszeitfrage zur Entscheidung bringen werden.

Der Schiedspruch für den sächsischen Steinkohlenbergbau.

Nachdem die beiden Parteien den Schiedspruch des sächsischen Schiedsrichters über die Lohnfrage im sächsischen Steinkohlenbergbau abgelehnt hatten, hatte der Reichsarbeitsminister für den vergangenen Dienstag zu einer Auslosung nach Berlin er-geladen.

Das Weihnachtsgesicht der Zigarrenfabrikanten an ihre Arbeiter.

Zu diesem von uns am 24. Dezember veröffentlichten Artikel bittet uns der Genosse Gust. Schmidt, L.-Leuzsch, mitzuteilen, daß in seinem Betrieb stets die vom Deutschen Tabakarbeiterverband geforderten Löhne gezahlt werden.

Wieder eine kommunistische Niederlage. In Schmeideberg (Sachsen) fand die Neuwahl der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes statt. Im vorigen Jahre waren die Kommunisten noch so stark, daß sie den Posten des ersten Bevollmächtigten und des ersten Stellvertreters erhielten.

Hauptversammlung des Reichsnappschaffensvereins.

Fast unter Ausschluß der Öffentlichkeit hat vorige Woche in Leipzig die Hauptversammlung des Reichsnappschaffensvereins stattgefunden. Anwesend waren außer den Vertretern des Reichsarbeitsministeriums und der Bergbehörden der Führer 71 Arbeitgeber- und 72 Arbeitnehmervertreter.

Zuerst wurden eine Reihe von Anträgen angenommen, die sich im Laufe des letzten Jahres als notwendig erwiesen hatten. So wird durch einen dieser Anträge das Recht der Hauptversammlung, die Beiträge zur Feuerungsumlage ganz oder teilweise auf das Reich umzulegen, auf die Dauer eines Jahres dem Vorstand übertragen.

Die Versichertenvertreter in der Hauptversammlung nehmen mit Bedauern davon Kenntnis, daß die Arbeitgeber ihren Standpunkt, Mehrleistungen nicht zu gewähren, aufrechterhalten. In der Krankenversicherung hat das Verhalten der Mehrleistungen zu derartigen gesundheitlichen Störungen der Familienangehörigen geführt, daß dieser Zustand eine schwere Schädigung der Volksgesundheit bedeutet.

Der Vorstand legt sich in Zukunft aus 12 Arbeitgebern und 12 Arbeitnehmern, darunter 2 Angestellten zusammen. Die Arbeitgeber werden nur eine Liste ein. Die Arbeitnehmer müßten wählen. Bei der Verteilung der Sitze auf Grund der Verhältniswahl erhält der alte Bergarbeiterverband 7, der Christliche Gewerbeverein 3 und der IFA-Bund die beiden Angestelltensitze.

In der Diskussion bedauerte der Vertreter des Reichsarbeitsministers den Wegfall der Familienversicherung und erklärte, dem Ministerium habe leider die Möglichkeit gefehlt, heftig einzugreifen. Dieser Ansicht ist von den Versicherten in sehr entschiedener Weise widersprochen worden.

Die beste Bekämpfung der Schundliteratur

ist das Werben neuer Abonnenten für die Volkszeitung!

Bücherchau

Nof und Verschwendung

Die Wissenschaft eines Leipziger Professors.

Herr Prof. Dr. Ernst Schulze, Dozent der Volks- und Weltwirtschaftslehre, Rektor an der Handels-Hochschule Leipzig, gibt ein Buch, 'Not und Verschwendung, Untersuchungen über das deutsche Wirtschafts-schicksal', erster Band, 692 Seiten (Verlag Brockhaus), heraus, an dem wir nicht achtlos vorübergehen wollen, denn es ist sowohl ein klassisches Beispiel ideologischer Geschichtsbetrachtung wie auch ein Beweis dafür, wie man unter der Maske der 'objektiven Wissenschaft' - allerdings in der oberflächlichsten Weise - Politik zu machen vermag.

Der Verfasser stellt sich zur Aufgabe, 'den täuschenden Schleier von dem Antlitz der deutschen Volkswirtschaft zu reißen, die Dinge in die großen volkswirtschaftlichen Kräftefelder einzeln zu zeigen'. Er sagt sogar: 'Ich halte jede volkswirtschaftliche Arbeit für verfehlt, die nicht die großen Zusammenhänge, die wechselseitigen Abhängigkeiten, das Organische gleichsam der sozialökonomischen Vorgänge scharf im Auge behält. Soziologisch muß die Grundinstellung der sozialökonomischen Arbeit sein - oder sie gelangt nur zu privatwirtschaftlichen Ergebnissen.' Danach könnte man erwarten, daß er die gesellschaftlichen Erscheinungen der letzten zehn Jahre in ihren Triebkräften und Ausprägungsformen darstellt, daß er die Linie der wirtschaftlichen Entwicklung zeigt, die Veränderungen von Wirtschaftsform und Wirtschaftsweise durch Krieg und Geldentwertung, deren Ursachen nachspürt, die politischen Rückwirkungen, die geistigen Strömungen usw. aufzeigt und dann zu einem Rundergebnis kommt. Wer das glaubt, erlebt eine große Enttäuschung. Von Soziologie zu reden ist zwar jetzt in der gesamten Wissenschaft Mode, wie aber kann man von einem deutschen Professor der Volks- und Weltwirtschaftslehre eine soziologische Geschichtsbetrachtung erwarten?

Es macht schon stuhle, daß Schulze die Vorgänge der letzten Jahre ganz unheimlich unter die Sammelbegriffe 'Not' und 'Verschwendung' zusammenfaßt. Dann kommt eine Uebereinstimmungserklärung mit - Spengler, dessen Auffassung vom 'Schicksal' Schulze akzeptiert. Nach Schulze ist die Entwicklung der Menschheit eine fortwährende Wirkung der Macht des Schicksals, über die sich die Menschheit seit ihrem Entstehen den Kopf zerbrochen hat. Auch Deutschlands Verhängnis ist eine Wirkung aus 'Schicksalsausfaulen, wirtschaftlichem Unverstand und Gruppenegoismus'. Auf welcher Seite die letzten beiden zu suchen sind, werden wir gleich erfahren. Inhaltlich nämlich die Ursachen, etwa auf Grund einer Wirtschaftsanalyse, aufzuweisen, sieht der Herr Professor alles, aber auch alle Erscheinungen vernehmlich und unterschiebt völlig unbedeutenden Vorurteilen irgendwelchen innewohnenden Sinn. Da ist von einer 'sich fortziehenden Verschwendung, die ohne wirtschaftlichen Verstand ist', die Rede. Da darf ein 'fabelhaftes Verfallensmaß' der jeden Sinn und Verstand verloren hat unheftig deutsche Lande verstanden. 'Teilnahmlos oder schadenfroh sieht das Weltgenosse' zu wie ein verblödeter Genier das wehrlose Deutschland der Volksektion unterwirft. Ausreißt ist es Verleumdung ausgelegt und muß Informationen erleben, die ihm bis auf die Knochen ins Fleisch gehen. Unausföhrlich windet es sich in Realitätsräumchen. Oder: 'So büffnete der Organisationskomitee unter Tage eine Mäule der Pandora, aus der in erschreckender Heftigkeit schon früher mehrere tausend neue Peinrden und Nerven hervorgequollen sind. ... Noch immer nicht hat der Gesellschaftsplan des Schicksals die Reinerung und die altnationale Parteien überzeugen können, daß Geld nicht gemacht, sondern verdient werden sollte. ... Und während die Volkswirtschaft zum Skandal abgemauert ... während der deutschen Volkswirtschaft der Atem abgenommen wird, ist keine Aussicht auf Besserung zu erwarten. ...' wird gesprochen, womit der Wirtschaftsaufstand vom vorjährigen Jahr gemeint ist. Bei anderer Gelegenheit ist zu lesen: 'Die Ursachenbestimmungen schämten sich nicht ... und das Reich hat keine Miene zu dem bitteren Trank, der ihm gebrannt wurde'.

In diesem Stille geht es länger als 600 Seiten hindurch. Ragen aber bloß stilistische Schnitzer vor, können wir bestenfalls, um den Verfasser zu ehren, ihn als Stilmeister im Neulitton karikieren. Die 'Untersuchungen' des famosen Wissenschaftlers enthalten aber eine solche Annahme politischer Witzheiten und volkswirtschaftlichen Anspruchs, daß wir unsern Lesern auch davon einige Beispiele nicht vorenthalten können. Herr Professor Schulze ist soziologisch die Courthouse-Walder der Wissenschaft: seine Darstellungen sind ein glänzendes, sprühendes Feuerwerk, das Laten und Kinder - auch politische Kinder - blenden kann, aber eine unwirkliche Welt und unwirkliche Zusammenhänge vorpaukt und das schließlich nur Rausch und Enttäuschung zurückläßt, aber keinen Schritt weiter führt. Daß das keine Uebertreibungen sind, mag schon daraus hervorgehen, daß er seine Untersuchungen auf seilantigen Zitaten aus den Leipziger Neuesten Nachrichten aufbaut. Seine Arbeit ist eine schlechte Uebersetzung aus der Zeitungsauschnittskariatur ohne innerliche Verknüpfung der Dinge. Mit Walschraunenbehäbigkeit bringt er unzählige viele Einzelerscheinungen, versteht diese mit naiven Werturteilen, so wie sie an Stammtischen üblich sind, und wenn man das Ganze dann im Zusammenhang betrachtet, kommt als Hintergrund - die geschlossene politische Meinung der Deutschnationalen heraus! Damit man uns nicht der Uebertreibung beschuldigt, geben wir einige volkswirtschaftliche Beispiele des Herrn Professors Schulze zum besten: Was sind die sozialökonomischen Ursachen des deutschen Wirtschaftsschicksals? Auf Seite 24 ist zu lesen: 'Es ist der wahnhafte Geldhunger des Staates, der die deutsche Volkswirtschaft zugrunde richtet', und dann: 'Indessen liegt die eigentliche Schuld eben beim Staat oder vielmehr bei den Kräften, die ihn zu unablässiger Geldunterschreitung zwingen. Diese Kräfte sind seit dem Waffenstillstand die Ausbeutungspolitik der Siegerstaaten, der Mangel an Vorauslicht und die Geldansprüche der Gruppen, einschließlich etwaiger Nebenregierungen, die die Hand am Steuer des Reiches hatten und damit seinen Kurs bestimmten.' Der Staat sei in erster Linie eine Machtorganisation (Kanal), der selber 'vor der größten Gesetzesmüdigkeit nicht zurücksteht und der deshalb auch den volkswirtschaftlichen Gelehen nicht Rechnung' trage. Eine stärkere Macht müßte ihm in den Arm fallen (Wah!). Bis jetzt sei er (nicht etwa von starken Wirtschaftsprüfung, sondern) von 'Beamtenverbänden, Parteien oder aufgeregten Volksmassen' diktiert worden.

Die neue Geldtheorie, die uns Herr Schulze beibringt, lautet: 'Es gilt die nächste Wahrheit zu begreifen, daß Geld überhaupt keinen volkswirtschaftlichen, sondern nur privatwirtschaftlichen Wert hat. Den Wertcharakter erhält es nur durch den Befehl des Staates. Eigener Wert wohnt dem Gelde (mit Ausnahme des Metallwertes im Münzegehalte) so wenig inne, daß es im Außenhandelsverkehr beträchtlichen Schwankungen unterliegt, ja allen Wert verliert kann, sobald das Vertrauen in die 'Gesundheit' der es tragenden Volkswirtschaft zerfällt ist. Dem Gelde wohnt nur der Wert der Güter inne die man damit erwerben kann ...' Unter Klagen und Verwünschungen wird immer wieder die Armut aus der Paupertät erklärt: 'Da aber unsere Regierungen den Weg der Erfüllung wählen, so haben sie uns das Schicksal bestimmt.' Wer aber stand an der Spitze des Staates? 'Die sozialistischen Regierungen, die das Reich jahrelang in den Händen hielten' und sich durch 'nationale Wirbelstöße' oder 'täppische Wirtschaftspolitik' auszeichneten. So wird leibhaftig nicht unterstellt, wie das Krieseende die deutsche Wirtschaft vorand, sondern alles wird auf die Revolution, auf die Sozialisten, Kommunisten, Olluden und alles, was damit zusammenhängt, geschoben. Dann spricht er von der Verschwendung und sagt: 'Die Schwelgerei ist eine Massenerscheinung in bestimmten Kreisen des deutschen Volkes - sogar seiner Arbeiterkassen'. Ramentlich haben's ihm die Jugendlichen angetan. 'Durch die Lohnstarke werden ihnen Geldmünzen in den Schoß geworfen, die ihre Bedürfnisse weit übersteigen ... Die Wöllerei solcher meist über Verdienst bezahlter junger Leute kennt kaum eine Grenze ... Selbst kann man beobachten, wie junge Fabrikarbeiterinnen in einem Ausflugsort ganze Batterien von Rotweinflaschen leeren ... Kein Ausfluß kommt zustande und keine Demonstration, ohne daß jenes halb-wüchtige Geknall sich löhnd und lächelnd bemerkbar macht, das heute einen Freiheits für jede Zuchtlosigkeit zu besitzen erlaubt ...' 'Deshalb muß die Jugend wieder 'Acht' erhalten (Militärdienst?)'. 'Und an der Bewältigung ist auch die Befestigung der Dienst-bücher durch Verfehlung der Geinbeordnung'.

Mit allen Reifern wird natürlich gegen die Streiks losgegangen: 'Die Geschichte dieser Jahre steht über von den allernachschlechtesten, bis an die Grenzlinie des Verderbens gehenden, rein für überflüssigen Streikbewegungen'. Dann wird über das Betriebsrätegesetz hergezogen, gegen den Arbeitsdienst, gegen die Weisler, gegen die Amnestie, gegen die Bureaukratie des Staates, der ja 'jahrelang sozialistisch' war, gegen seine Beamtenüberzahl und Gesetzesmüdigkeit, gegen die 'Ueberschätzung der schweiglichen Faust' usw. Was aber sagt der Herr Professor von der 'alten Gesellschaft'? 'Lapser findet man sich drein, mit einem Bruchteil der gewohnten Behlenung auskommen oder ganz ohne sie ... Auf die Annehmlichkeiten des Lebens verzichtet man. Ausreißt der Zucker beim Kaffee fort, dann der Kaffee selbst. Schmalhans ist Rückenmeister'. Denn 'eine Wirtschaftspolitik, die alles darauf abstellt, das Kapital zu enteignen (II D. Red.) und durch Steuerdruck den Besitzenden ihr Vermögen zu nehmen, wie die sozialistische Wirtschaftspolitik es in den letzten Jahren in Deutschland mit bemerkenswerterem Erfolg getan hat, zerstört die Quellen, aus denen eine solche Hilfe fließen könnte.' (11)

Sollen wir weiter zitiieren? Das ist objektiv-wissenschaftlich-soziologische Unterhaltung der deutschen Wirtschaftswissenschaftler der letzten Jahre! Wir greifen uns an den Kopf und fragen: Bestand wirklich eine Not, dieses Buch zu schreiben oder war es nicht eine atomenlose Verschwendung? Unverständlich bleibt, daß Herr Brockhausverlag so schlecht beraten war, das Werk zu drucken. Wir muß der zweite Band dieser 'Untersuchungen' aussehen? Wir warnen

Fried Stern: 'Auf Schusters Rappen'. Union-Druckerei und Verlagsanstalt G. m. b. H. Frankfurt.

Erich Syd: Die Monarchie Wilhelms II. Verlag Ullstein, Berlin.

Henry Sanjon: Tagebücher der Henker von Paris, 1685 bis 1847. Gustav Kiepenheuer, Potsdam, 823 S.

Wenn man die Memoiren der Henkersfamilie von Paris liest, so fühlt man sich in ein Vorstadtlino verlegt, auf dessen Leinwand irgendwelche schaurigen Sensationsstoff läuft. Und doch sind die Tagebücher der Henker von Paris ein wichtiger Beitrag nicht nur zur Kulturgeschichte der Völker, sondern auch eine Ergänzung zu den Werken der Historiker. Unter den Händen der Sanjons sind nicht nur Verbrecher über den Schlingens dem Welt oder der Guillotine verfallen. Unter ihren Händen endeten ebenso Maria Antoinette wie Robespierre, Ludwig XIV. wie Charlotte Cordan, Foquier-Tinville, der Blutsäufer der großen Französischen Revolution, wie der Citron Egalité. Den tiefsten Eindruck machen die Schilderungen, die Sanjon aus dem Archiv seiner Familie über die letzten Stunden Dantons und Robespierres bringt. Danton ist bis zum letzten Atemzug immer der gleiche geblieben, und lurchbar lesen sich die Darstellungen über den letzten Weg, den die Dantonschen zur Guillotine nahmen. Nur Camille Desmoulin stand unter dem Eindruck des Urteils. Er litt unter dem Andenken an seine Familie,

an Lucile. Als der Wagen mit den Beurteilten am Hause Robespierres vorüberkam, waren Tür und Fenster dicht geschlossen. Mit gewaltiger Stimme übertraf Danton die Schmähworte aller seiner Schicksalsgefährten. 'Robespierre!' rief er, 'auch du wirst an die Reibe kommen!'

Robespierre schritt nur allzu bald den gleichen Weg und nun: allzu bald kam er ebenfalls in die blutigen Hände der Sanjons. Wenn die Vorgänge über die Hinrichtung Robespierres, der am Tage vorher bei den Schlegelreien im Stadthaus am Rintbanden verwundet wurde, nicht historisch verbürgt wären, würde man annehmen, daß dem Henker von Paris irgendein Kolportageroman-schriftsteller die Feder geführt habe, als er von dem martertschiltzerp den Schrei berührt, den dieses Haupt der Revolution ausstieß, als ihm, den Sängungen gemäß, der Henker die Binde von seiner Wunde riß.

Über nicht nur die letzten Stunden der Olympier der Revolution schildern die Sanjons mit spannenden Worten. Auch viele der Kleinen und Kleinsten charakterisieren sich in ihren letzten Stunden als Helden im wahren Sinne des Wortes. So Louis Pierre Louvel, der den letzten Sproß des älteren Zweiges der Bourbonen, den Herzog von Berry, im Theater erdolchte. Louvel war eine jener Gestalten, die Heinrich Heine in seinen Grenadiere schildert. Louvel war fasziniert von dem Gedanken der Revolution, besessener von den Helzentaten Napoleons und sein ganzes Streben konzentrierte sich darauf, denen ein Ziel zu setzen, die es gewagt, das gewaltige Regime Napoleons zu unterwerfen. Wenn wir auch immerfort Gegner politischer Morde waren, so hat doch dieses stolze Bekenntnis zu seiner Tat, das Louvel bis zur letzten Stunde seines Lebens ablegte, einen geradezu heroischen Zug. Und als es trotz aller Widerstände in den letzten Stunden seines Lebens einem Abbe gelang, zu ihm zu kommen, wies er die Erlösung der Religion von sich mit dem spöttischen Bemerkung, daß er dort schließlich den Herzog von Enghien treffen könnte, der ebenfalls die Waffen gegen Frankreich geführt habe, und daß er dann schließlich seine Tat, wegen der er zur Guillotine schritt, wiederholen müsse.

Die Memoiren der Henker von Paris sind in dieser oder anderer Hinsicht eine Ergänzung der Historik und ein spannender Roman zugleich, dessen Studium freilich Jugendlichen wenig dienlich sein dürfte.

H. S.

August Hinkel: Die Pariser, Roman. (Verlag von Quelle u. Meyer, Leipzig, o. J. 381 Seiten. In Leinenband 5 M.).

Wir kennen den Verfasser nur aus dem vorliegenden Roman, fühlen uns also von jeder Befangenheit frei. Blicke ich ist das eine Entscheidung für den in heutiger Zeit so selten freudlichen Ton, in dem das Buch erzählt werden möge. Mitteilungsüberflutungen gehören nicht gerade zur starken Seite der modernen deutschen Literatur, und man liest ganz gern mal ein abgedesenes Lebensbild, wie es hier aus der Welt des niederdeutschen Bauern gegeben wird. Man liest so etwas gern, auch wenn nichts dahinter steht. Und so liest man nicht ohne Befriedigung, sondern lebensfrohes Bekenntnis zum Menschen, wie er ist, den Grundton abgibt. Es fällt demgegenüber weniger ins Gewicht, daß der Roman nicht gerade reich ist an psychologischen Feinheiten oder an dichterischer Originalität.

E. E.

Fried Stern: 'Auf Schusters Rappen'. Union-Druckerei und Verlagsanstalt G. m. b. H. Frankfurt.

Erich Syd: Die Monarchie Wilhelms II. Verlag Ullstein, Berlin.

Berammlungskalender.

Dienstag, den 30. Dezember 1924.

Metallarbeiterverband, Funktionäre, Volkshaus, 1/3 Uhr.

Baugewerksbund, Volkshaus, 5 Uhr.

Tagesordnungen usw. in vorausgegangenen Inseraten ersichtlich.

Nach der Sintflut.

Ein Roman aus dem Jahre 1900. Von Upton Sinclair.

10] Nachdruck verboten. Der Rast-Verlag, Berlin.

Die Aufregung hatte sich nun bereits aller Gäste bemächtigt. Die meisten wagt's freilich nicht die Verhütung zu übertreten, die sie von der hehligsten Person Dumlén-Gothams fernhielt; der Bischof jedoch kam herbeigerannt, das priesterliche Gewand slatterte fliegen's hinter ihm her. 'Was geschah? Wir sollen in die Luft gesprengt werden?'

'Ja hätte ja wissen müssen, daß der Professor ein gefährlicher Mensch ist', jammerte Dumlén-Gotham. 'Wie kam es, daß Sie es nicht voraussehen, Granville?'

Nun erschien auch Reginald Simpkins, händeringend, schreiend: 'Achtet aus! Wohin sollen wir fliehen?' Ihm folgte Frau Dumlén-Gotham, sie humpelte auf ihren hohen Absätzen einher, kreischte: 'Mord! Mord!'

Granville rief ins Telefon: 'Hallo! nichts Neues?' Er lautete, sprach dann in den Saal: 'Niemand!'

'Entschlich! Entschlich!' kreischte Dumlén-Gotham.

'Gehen wir hinunter', schlug Reginald vor.

'Was kann das nützen?' warf Cloise ein.

Die gestützte Sarah Knickerbocker-Smühle kürzte herein: 'Feuer! Feuer! Hinter ihr lies der Putschler, der Gesellschaftsreporter der Allgemeinen Pressevereinsung, klagend: 'Wo bewohnt's?' Er eilte an ein Telefon: 'Hallo! Abteilung der Allgemeinen Pressevereinsung! Hier der Putschler! Es geht ein Gerücht, daß der Vergnügungspart brenne. Bringten Sie sofort ein Extrablatt heraus! Ich werde gleich die Wahrheit des Gerüchtes schickellern.' Er befragte die Gäste: 'Bitte, antworten Sie sofort! Ich bin Reporter! Muß es wissen! Wo brennt's?'

Frau Dumlén-Gotham wurde hysterisch. 'Kann uns denn niemand retten, was wir tun sollen?'

Dumlén-Gotham packte den Staatssekretär am Arm. 'Denken Sie nach! Denken Sie doch nach! Bisher konnte ich mich immer auf Sie verlassen. Sie müssen einen Rat wissen!'

Granville stand in Gedanken versunken. 'Eben fällt mir ein:

die Zeitung berichtet doch, daß sich die Strahlen nicht über die Erde erheben können. Wenn wir im Aeroplan aufsteigen ...'

Die Gäste stimmten brüllend ein: 'Der Aeroplan! Ja, der Aeroplan! Das ist das Rechte! Hin aus in die Luft!'

'Wer aber kann den Aeroplan lenken?' rante Dumlén-Gotham. Kurzweil Schmeigen. Granville gab keine Antwort: Helen jedoch trat einen Schritt vor. 'Der Kapitän des Aeroplans befindet sich hier', sprach sie.

'Wo ist er?' erkundigte sich ihr Vater.

'Mein Mann weiß es', erwiderte Helen.

Alle blieben auf Granville. 'Wo ist der Mann? Wo ist er? Granville schwieg beharrlich, da rief Helen: 'Er weiß genau, wo der Mann ist. Du mußt nur den Befehl erteilen, Vater.'

'Ist das wahr?' brummte Dumlén-Gotham.

Eine neuerliche Pause trat ein. Granvilles Widerstreben war offensichtlich, aber ebenso unerhöhlen waren die Wünsche der übrigen. 'Kuh! Ihn her mit ihm! Weshalb zögern Sie? Was fällt Ihnen denn ein?'

Schließlich wandte sich der Staatssekretär an eine der Damen: 'Bringt den Mann her!' Dann bog er sich abwärts ans Telefon, doch konnte er den gespannt Zuschauenden nur berichten, daß es nichts Neues gebe.

Atemlos, halb betäubt vor Angst warteten alle. Ein Hohnschrei schloß empör; Billy Kingdon entstieg ihm. 'Der Kapitän des Aeroplans!' rief Helen.

Wie ein Mensch schrien die Gäste auf: 'Der Aeroplan! Vassett uns einschicken!'

Es schien schier unglaublich, daß dies die gleichen Leute waren, die noch vor kurzem eine derartige Würde zur Schau getragen hatten, sich ihrer hohen Stellung und deren Anforderungen so genau bewußt gewesen waren. Der Bischof reumte umher wie ein Schuljunge, achtele nicht darauf, daß ihm der Dichter und der Reporter auf die priesterliche Schleppe traten. Der Portier rief seine Herrin zur Seite und sprach vor ihr in den Aeroplan. Die dicke Sarah klammerte sich an Billy Kingdon, dachte gar nicht daran, daß er nur ein Angehöriger der Jugendkurstele und aber ein minderwertiges Wesen sei. Cloise Dumlén-Gotham entblüdete sich nicht, ihren alten Vater fortzuschicken; ja in dem allgemeinen Wirrwarr wäre der alte Mann

höchstwahrscheinlich zurückgelassen, hätte ihn nicht seine ältere Tochter beim Arm gefaßt und in den Aeroplan gezogen.

Niemand dachte an die im Ballsaal gebildeten Gäste. Billy Kingdon wußte selbstverständlich nicht, was sich ereignet hatte; ihm war nur klar, daß er aus irgendeinem geheimnisvollen Grund freigesellen und daß ihm bescholen wurde, aufzusteigen. Er sah, daß sich Helen an Bord befand, und dies genigte ihm. So schloß er denn die Türen, drückte auf die Hebel und nahm seinen Platz ein. Die ungeheuren Propeller begannen zu jurren, der Aeroplan glitt auf seiner Bahn dahin.

Ein furchtbarer Schrei gellte vom Landungssteig auf. Dumlén-Gotham stand dort zusammen mit Zehup, den er solange gesucht hatte. Die beiden erkannten, was geschah war, man hatte sie zurückgelassen! Der junge Erbe der Welt raffte den Landungssteig entlang als vollen er mit einem Sah die Plattform des Aeroplans erreichten. Aber schon flog dieser auf, lummend und jurrend wie Millionen von Vögeln. Der junge Erbe der Welt und sein Direktor der Erfindungen waren halb wahnwitzig vor Angst.

Sie rannten auf dem Landungssteig hin und her, kreischend: 'Sie stehen uns hier. Wir müssen sterben! Die Götter! Die Schurken!' Ihre Jammerrufe drangen in der Ballsaal, und die erschrockenen Gäste kamen herbeigeeilt.

Hoch oben in den Lüften überflog Ielfe lummend der Aeroplan den Polark. 'Sie stehen mich zurück!' drückte Dumlén-Gotham junior. 'Was soll ich tun?' Er riß sich den Kragen auf, als ob er erstickte.

Höher und immer höher flog der Vögelreiter der Luft; nun war er nur noch ein kleiner Lichtpunkt im Luftmeer. Die Aufregung der Gäste steigerte sich. Wüthlich erloschen im Saal alle Lichter; im nächsten Augenblick aber zuckte ein blendender greller Blitz auf. Die Gäste riefen die Hände gegen den Kopf und schrien laut; dann brachen sie zusammen.

Der grelle Schein verblaßte. Tiefe Dunkelheit drückte sich aus. Stille herrschte, wie in einem Grab.

Alle Menschen waren mit dem Beherrscher der Luft aufgelassen. Und da dieser der einzige Aeroplan war, der in dieser Nacht aufsteigen durfte, so waren nun diese elf die einzigen überlebenden Menschen auf der Erde.

(Fortsetzung folgt.)

Klassenkämpfe im alten Israel.

Von August Siemsen.

Entwicklung des Volkes Israel bis zu den Propheten.

Die Bibel gilt heute den einen als ein heiliges Buch, aus dem sozusagen unmittelbar Gott zu den Menschen spricht, sie ist ihnen nur ein religiöses Buch, aus dem die Lehren der christlichen Kirche...

Als die Israeliten sich in Palästina niedergelassen hatten und aus nomadischen Nomaden zu sesshaften Ackerbauern geworden waren, vollzog sich ein völliger Wandel ihrer religiösen Anschauungen.

Nun vollzog sich nach der Sesshaftmachung allmählich eine tiefgreifende wirtschaftliche und soziale Umgestaltung. Das eroberte Land war an die wehrfähigen Männer der Sippenverbände zu gleichen Stücken verteilt worden.

Inzwischen hatte die Notwendigkeit, den Angriffen der benachbarten Völker geschlossenen Widerstand zu leisten, zur Entschleunigung des Königtums unter Saul geführt, dem David und Salomo folgten.

Propheten als soziale Revolutionäre.

Das ist die Situation, in welcher die Propheten auf den Plan traten. Diese Propheten waren nicht mehr, wie es ursprünglich der Fall gewesen war, religiöse Sachverständige, die gegen die Weltmacht der Assyrer bedroht.

Der erste in der Reihe der großen Propheten, deren Reden uns im Alten Testament 2. T. überliefert sind, ist Amos.

Im nationalen Heiligtum zu Bethel im Nordreich findet im Jahre 750 ein rauschendes Opfer- und Freudenfest statt. Doch gehen die Wogen des Festes, Opferchaus und Beschallung, Murre und Harme, Jubellieder und ausgelassener Tanz.

„Hört dieses Wort, das Jahwe wider euch, ihr Israeliten, geredet hat, wider das ganze Volk, das ich aus Ägypten hergeführt habe; es lautet also: Von allen Völkern der Erde habe ich euch erwählt; darum werde ich alle eure Verschuldungen an euch heimlich!“

Anmerkung: Für die Leser, die nachschlafen wollen, sei bemerkt, daß die Hiato nicht der lutherischen Uebersetzung entnommen sind, die trotz ihrer Vorzüge viele Ungenauigkeiten und Irrtümer enthält.

Nicht durch Opfer und Feste tut man Jahwe genug, sondern dadurch, daß man Gerechtigkeit übt (5. 21-24).

„Ich hasse, ich verachte eure Feste und kann nicht riechen eure Festversammlungen.“

Wenn ihr mir Brandopfer und eure Gaben darbringt, so nehme ichs nicht gnädig auf.

Und wenn ihr mir ein Heilsopfer von euren Mastkälbern herbringt, so lehre ich nicht hin.

Hinweg von mir mit dem Geplärze deiner Lieder; das Rauschen deiner Harfen mag ich nicht hören!

„Möge vielmehr Recht sprudeln wie Wasser und Gerechtigkeit wie ein nimmer verfliegender Bach!“

Den Reichen und Bornahmen, die in Schwelgerei und Luxus leben, die durch Raub, Betrug und Bestechung der Richter ihre ärmeren Volksgenossen ins Unglück bringen, verkündet er Jahwes Strafgericht (5. 7. 10-12 und 8. 4-7):

„Sie, die das Recht in Vermut verkehren und gerechte Sache zu Boden werfen, sie hoffen den, der vor Gericht für das Recht eintritt, und verabschauen den, der die Wahrheit redet.“

Darum, weil ihr die Geringen niedertreibt und Gerechtigkeit an Korn von ihnen annehmt, sollt ihr wohl Häuser aus Quarsteinen bauen, aber nicht darin wohnen, sollt ihr wohl feinsten Weinberge anlegen, aber keinen Wein von ihnen trinken.

„Hört dieses, die ihr den Dürftigen nachstellt und zugrunde richtet den Notleidenden, indem ihr denkt, wann geht der Ruinmond vorüber, daß wir Getreide verkaufen können, und wann der Sabbat, daß wir Korn aufkaufen, daß wir das Epha verkleinern, das Gewicht vergrößern und betrügerisch die Waage fällen, daß wir für Geld die Geringen kaufen und die Dürftigen um eines Paares Schuhe willen und den Abfall vom Korn verkaufen?“

Jahwe hat geschworen: „Fürwahr, niemals will ich irgendeiner ihrer Handlungen vergehen.“

Für Amos also, den Anführer der herrschenden Klasse, den Anwalt der Unterdrückten, wird Jahwe zum Gott der Gerechtigkeit, der das Unrecht straft.

Wie wäre es, wenn man in „kritischen“ Predigten und Vorträgen über den Propheten Amos als Befämpfer der Ausbeutung und Wortkämpfer der Ausgebeuteten redete? Die ungeschlachte Bibel ist ein recht nützliches Buch für euch, die ihr euch Christen zu nennen wagt.

Die ungeschlachte Bibel ist ein recht nützliches Buch für euch, die ihr euch Christen zu nennen wagt. Auch die Propheten, von denen in der Fortsetzung die Rede sein wird, werden das bestätigen.

Die ungeschlachte Bibel ist ein recht nützliches Buch für euch, die ihr euch Christen zu nennen wagt. Auch die Propheten, von denen in der Fortsetzung die Rede sein wird, werden das bestätigen.

Die ungeschlachte Bibel ist ein recht nützliches Buch für euch, die ihr euch Christen zu nennen wagt. Auch die Propheten, von denen in der Fortsetzung die Rede sein wird, werden das bestätigen.

Die ungeschlachte Bibel ist ein recht nützliches Buch für euch, die ihr euch Christen zu nennen wagt. Auch die Propheten, von denen in der Fortsetzung die Rede sein wird, werden das bestätigen.

Kleine Chronik.

Hamlet in Archimbold. Der normale deutsche Theaterdirektor legt voraus, daß der normale deutsche Bürger zu Weihnachten grundsätzlich nur dummes Zeug auf der Bühne sehen will.

Die russische Regierungsjahre hat eine entscheidende Wendung erfahren. Bisher ging alles sehr glatt und reibungslos und in Glück und Zufriedenheit herrschte der Kaiser von Rußland über seine Landesvölker.

Die russische Regierungsjahre hat eine entscheidende Wendung erfahren. Bisher ging alles sehr glatt und reibungslos und in Glück und Zufriedenheit herrschte der Kaiser von Rußland über seine Landesvölker.

Die russische Regierungsjahre hat eine entscheidende Wendung erfahren. Bisher ging alles sehr glatt und reibungslos und in Glück und Zufriedenheit herrschte der Kaiser von Rußland über seine Landesvölker.

Die russische Regierungsjahre hat eine entscheidende Wendung erfahren. Bisher ging alles sehr glatt und reibungslos und in Glück und Zufriedenheit herrschte der Kaiser von Rußland über seine Landesvölker.

Die russische Regierungsjahre hat eine entscheidende Wendung erfahren. Bisher ging alles sehr glatt und reibungslos und in Glück und Zufriedenheit herrschte der Kaiser von Rußland über seine Landesvölker.

Die russische Regierungsjahre hat eine entscheidende Wendung erfahren. Bisher ging alles sehr glatt und reibungslos und in Glück und Zufriedenheit herrschte der Kaiser von Rußland über seine Landesvölker.

Die russische Regierungsjahre hat eine entscheidende Wendung erfahren. Bisher ging alles sehr glatt und reibungslos und in Glück und Zufriedenheit herrschte der Kaiser von Rußland über seine Landesvölker.

Die russische Regierungsjahre hat eine entscheidende Wendung erfahren. Bisher ging alles sehr glatt und reibungslos und in Glück und Zufriedenheit herrschte der Kaiser von Rußland über seine Landesvölker.

Die russische Regierungsjahre hat eine entscheidende Wendung erfahren. Bisher ging alles sehr glatt und reibungslos und in Glück und Zufriedenheit herrschte der Kaiser von Rußland über seine Landesvölker.

Die russische Regierungsjahre hat eine entscheidende Wendung erfahren. Bisher ging alles sehr glatt und reibungslos und in Glück und Zufriedenheit herrschte der Kaiser von Rußland über seine Landesvölker.

Die russische Regierungsjahre hat eine entscheidende Wendung erfahren. Bisher ging alles sehr glatt und reibungslos und in Glück und Zufriedenheit herrschte der Kaiser von Rußland über seine Landesvölker.

Die russische Regierungsjahre hat eine entscheidende Wendung erfahren. Bisher ging alles sehr glatt und reibungslos und in Glück und Zufriedenheit herrschte der Kaiser von Rußland über seine Landesvölker.

Die russische Regierungsjahre hat eine entscheidende Wendung erfahren. Bisher ging alles sehr glatt und reibungslos und in Glück und Zufriedenheit herrschte der Kaiser von Rußland über seine Landesvölker.

Die russische Regierungsjahre hat eine entscheidende Wendung erfahren. Bisher ging alles sehr glatt und reibungslos und in Glück und Zufriedenheit herrschte der Kaiser von Rußland über seine Landesvölker.

Die russische Regierungsjahre hat eine entscheidende Wendung erfahren. Bisher ging alles sehr glatt und reibungslos und in Glück und Zufriedenheit herrschte der Kaiser von Rußland über seine Landesvölker.

Die russische Regierungsjahre hat eine entscheidende Wendung erfahren. Bisher ging alles sehr glatt und reibungslos und in Glück und Zufriedenheit herrschte der Kaiser von Rußland über seine Landesvölker.




 Wegen Inventuraufnahme
 am
Mittwoch vormittag
 (31. Dezember 1924)
geschlossen
KAUFHAUS
SACHSE
 LEIPZIG-LINDENAU, LUTZNER STR. 45-47


Zum guten Heringsalat
 gehören auch gute Zutaten!
 Sie erhalten bei uns:
 Hochfeine Marinier- und Salat-Heringe
 Heringsmilch - Kapern - Perlwiebeln
 Gurken - Mayonaise usw.
Dienstag früh von 9 Uhr:
Billiger Seefischverkauf
 aus Zufuhr von unserm Dampfer „Leipzig“ u.a.
Goldbarsch o.K. das Pfund 18
 alle andern Sorten ebenfalls billig
Lebende Spiegelkarpfen
 halten stets vorrätig!
 Flensburger Spickaale wieder eingetroffen!
 Rlesenanswahl in Marinaden
Fisch-Spezialhaus NORDSEE
 Reichsstr. 25 und bekannte Verkaufsstellen

Nur für Kleinzschocher!!!
 Nur reelle und preiswerte
 Spirituosen - Weine - Liköre
 erhalten Sie bei
Rudolf Petri
 Tel. 40282 Siemensstraße 42 Gegr. 1900

Sämtl. Liköre 1/2 Liter, ca. 55/58 Proz. Fl. Mk. 4.00
Sämtliche Spirituosen:
Deutscher Weinbrand
 58/40 Proz. Flasche Mk. 3.00
Deutscher Weinbrand-Verschnitt
 58/40 Proz. Flasche Mk. 2.50
Echler alter Batavia-Arrak
 50 Proz. Flasche Mk. 10.00
Arrak-Verschnitt, 40 Proz. Flasche Mk. 4.00
Arrak, Fasson, 40 Proz. Flasche Mk. 3.00
Kirschwasser, 50 Proz. Flasche Mk. 5.00
Steinhäger, 40 Proz. Flasche Mk. 4.00
Zwischgenwasser, 40 Proz. Flasche Mk. 3.00
Nordhäuser, 55 Proz. Flasche Mk. 2.00
Jamaika-Rum, echt, 45 Proz. Flasche Mk. 6.00
Jamaika-Rum-Verschnitt
 40 Proz. Flasche Mk. 3.50
Sämtl. Punsche nur reine Ware. Flasche Mk. 4.00

Spezialität: Die guten „Petri-Tropfen“
 Alle Sorten sind auch in halben Flaschen zu halben Preisen zu haben. — Die Preise verstehen sich sämtlich inkl. Steuern. — Die leeren Flaschen werden mit 10 Pfg. berechnet u. f. dies. Preis wieder zurückgenommen.
 Diese Preise gelten nur vorläufig bis Silvester!
 Die Weinliste verlange man bitte extra!
 Man achte genau auf
Siemensstraße 42, Nähe Schmuckplatz

Guter Strapastierstiefel für schlechtes Wetter
Mollige warme Hausschuhe
Schuh-Scholz
 Stadtbekannt für gut und billig
E.-Lutz, Magdalenastr. 31
 Gegründet 1884 Ecke Schloßstraße. Telefon 16437

Weine
ohne Steuer — ohne Zölle

Obermoseler 1922	70
Sieboldinger 1922	110
Franz. Rotwein 1922	90
Dürkheimer 1922	110
Burgunder 1922	250
Walnüsse	60

Glaswaren

Punschgläser	32
Groggläser	18
Groggläser	25
Litörngläser	15
Sportlitörngläser	48
Bowlengläser	58
Bowlengläser	55
Rotweinkelche	35
Rotweinkelche	48
Römer	58
Sektkelche	75
Sektbecher	22
Bierbecher	42
Bierbecher	18
Bierbecher	42
Schwedenpunschgläser	38
Teebecher	15
Teebecher	25
Komposteller	9
Kompostellschüssel	9
Kuchenteller	150
Bowlen	1950
Bowlen	3900

Bowlen 3250

Sekte
ohne Steuer, ohne Zölle

Obst-Sekt	1 ⁰⁰
Holser-Sekt	1 ⁰⁰
Trauben-Sekt	2 ⁰⁰

Liköre Deutsches Erzeugnis
ohne Steuer, ohne Zölle

Allsch	3 ⁰⁰
Cherry-Brand	3 ⁰⁰
Kirsch-Likör	3 ⁰⁰
Eier-Creme	4 ⁰⁰

Apfelfinen 6

Scherz-Artikel und Neujahrskarten

Scherzpraline	10
Effigpraline	15
Stuhlitzschreiber	10
10 Feuerwerkzigaretten	30
Scherzpringaffen	30
Scherznachtopf	1 ⁰⁰
Wackelfiguren	45
Ruffschlangen	9
1 Beutel Konfetti	9
Scherzbomben	35
1 Sorfiment	95
Gießblei	8

Knallbonbon 50
Neujahrspostkarten 10
Scherzpostkarten 10
10 Neujahrskarten 20

Punsche, Rum etc.
ohne Steuer, ohne Zölle, deutsche Erzeugnisse

Kempe-Punsch	380
Punsch-Extrakt	240
Deutscher Rum	300
Arrak	400
Urbach-Verschnitt	340
Weinbr.-Verschnitt	250
Delfardinen	45

Haushaltwaren

Ausgüßhorken	48
Teeglashalter	40
Teeglashalter	140
Teeglashalter	125
Sektkübler	575
Tassen	38
Tassen	48
Tassen	45
Teller	18
Teller	30
Teller	48
Speiseteller	38
Speiseteller	48
Lischbestecke	85
Eßlöffel	18
Kassellöffel	10
Zinnstahlöffel	9
Rußknacker	60



Allen Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern
 empfehlen wir das Buch in der Laub'schen
 Verlagsbuchhandlung, Berlin, erschienene Werk
Rosa Luxemburg
Einführung in die Nationalökonomie
 Herausgegeben von
PAUL LEVI
 Preis broschiert Mk. 4.—, in Ganzleinen Mk. 5.—
 Alle Austräger und Filialen der Volkszeitung
 nehmen Bestellungen entgegen.
Leipziger Buchdruckerei A.-G.
 Abteilung Buchhandlung, Tauchaer Straße 19/21

Weinbrand
 Weinbrand-Verschnitt
 Jam.-Rum-Verschnitt
Arrak
 div. Liköre
Punsch
Weine
 offeriert billigst
A. Weigler
 Tauchaer Str. 24
 Tel. 24960
Telephonisch
 können Inserate nicht
 angenommen werden
 Expedition der Leipz.
 Volkszeitung.

Punsche **Rum**
Gust. Altkuckatz
 vorm. Rob. Rausch
Weingroßhandlung
 Gegr. 1885. Tel. 28005.
 Großes Lager in
Weine u. Edel-Liköre
 Verkauf: Kellereien
 Leipzig, Reichsstr. 33/35
 Hof links
Billigste **Preise**
 Referat der Leipziger Volkszeitung
 berücksichtigt unsere Inserenten!